Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. — —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 12 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Mittwoch, den 15. Januar 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Eine Wendung vor Zwölf

Schacht erlebt seine Niederlage / Die Regierung zwingt die Reichsbank

Ein notwendiges Wort zum Fall Schacht

Die in ein Gesetz zusammengefaßte neue Regelung des Reichsbankstatuts wollte u. a. verhüten, daß der Staat mit der Notenbank Mißbrauch triebe, was während des Krieges und nach dem Kriege tatsächlich geschehen ist. Der Bogen wurde aber überspannt und es entstand ein Bankgesetz, das dem Reichsbankpräsidenten die Möglichkeit gab, Mißbrauch mit dem Staat zu treiben. Es hat sich gezeigt, daß man in Dr. Schacht den Mann fand, der von dieser Möglichkeit den weitesten Gebrauch macht. Man mag die Ereignisse im Haag auf das Konto des Ehrgeizes dieses Mannes schreiben.

Aber wie dem auch sei, jetzt muß mit Nachdruck die Forderung erhoben werden, diejenigen Voraussetzungen zu ändern, die den deutschen Reichsbankpräsidenten glauben machten, den Diktator spielen zu können. Der Machtdünkel Schachts hat der Welt gezeigt, wie ein Notenbankgesetz nicht gemacht werden soll. Es kann gewiß vorkommen, daß schrankenlose Machtstellungen, die einer Person an die Hand gegeben werden, nicht mißbraucht werden. Es kommt eben auf die Persönlichkeit an. Aber es kann auch vorkommen, daß Persönlichkeiten in solche Stellungen aufsteigen, die nicht stark genug sind, den Verlockungen der Macht zu widerstehen. Dann zeigt sich, wohin es führt, wenn auch nur an einer einzigen Stelle der Staatsorganisation die demokratischen Sicherungen ausgeschaltet sind.

Es ist Zeit, soll das demokratische System nicht ernstlich gefährdet werden, darauf hinzuarbeiten, daß die demokratischen Sicherungen auch gegenüber der Notenbank schleunigst wieder eingebaut werden. Die Frage der Reichsbankorganisation ist keine belanglose Schacht-Frage. Sie ist bei der ungeheuren Machtstelle der Notenbank auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik mit eine Lebensfrage der Demokratie.

Wie die Sicherungen beschaffen sein müssen, auf deren Einbau man jetzt drängen muß, ist gewiß eine sehr technische Frage. Aber nachdem bekannt geworden ist, welche Aenderungen des Bankgesetzes das Pariser Organisationskomitee den Mächten im Haag präsentiert hat, müssen doch einige Worte über diese Frage gesagt werden. Man wird heute nicht dagegen einwenden können, daß die Autonomie der Reichsbank gewahrt wird. Die Leitung einer Notenbank ist in weitgehendem Maße eine Personenfrage und wenn bei der Aufstellung des Notenbankpräsidenten dem Staate ein genügender Einfluß gegeben wird, so ist einigermaßen die Gewähr dafür vorhanden, daß die Politik der Notenbank sich auf der Linie der Staatspolitik bewegt. Ausreichend ist aber eine Sicherung, soweit es sich um die Persönlichkeit des Reichsbankpräsidenten handelt, nur dann, wenn seine Amtszeit möglichst kurz ist und das Reich auch das Recht auf Abberufung eines Reichsbankpräsidenten im Notfalle erhält, und zwar nicht nur, wenn er die Statuten des Bankgesetzes verletzt, sondern auch wenn er in einen offensichtlichen Widerspruch mit der Gesamtpolitik des Reiches gerät.

Ueber die Person des Reichsbankpräsidenten hinaus gilt es, die Reichsbank zu einer Institution umzugestalten, die sich in die demokratische Organisation des Staatswesens einfügt. Das demokratische Element, das in die Reichsbank eingebaut werden müßte, könnte der Generalrat werden. Aber was das Organisationskomitee aus dem Generalrat machen will, ist das Gegenteil von Demokratie. Ausschließlich prominente Vertreter des Finanzkapitals sollen das Recht erhalten, drei Mitglieder in den Generalrat zu wählen. Das ist Verstärkung der Herrschaft des Finanzkapitals innerhalb der Reichsbank, desselben Finanzkapitals, über das die Notenbank die Kontrolle führen soll. In diesem Punkte liegt die unerträglichste Bestimmung des projektierten Bankgesetzes. Sie zu ändern, müßte Deutschlands gegenwärtige Hauptsorge sein. Der Generalrat soll mit allen seinen Funktionen bestehen bleiben, aber als eine demokratische Institution. Seine Zusammensetzung sollte am ehesten der des Reichswirtschaftsrates angepaßt sein. Denn wie der Reichswirtschaftsrat ist auch der Generalrat der Reichsbank ein oberstes staatliches Organ der Wirtschaft und es ist beschämend, wenn heute noch ausdrücklich gesagt werden muß, daß zur Wirtschaft auch die Arbeiter gehören.

Schließlich ist noch ein Verteilungsglied zwischen der Reichsbank und der Reichsregierung unerläßlich, welches die Autonomie der Reichsbank nicht antastet, aber die dauernde Fühlung zwischen den beiden Stellen aufrecht erhalten soll, damit die Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik nicht gestört wird. Diese Aufgabe muß einem Reichskommissar gestellt werden. Das ist aber eine Aufgabe, die nicht auf dem Gebiete der Rechnungsprüfung liegt, wie die des Präsidenten des Rechnungshofes, sondern eine wirtschaftspolitische Aufgabe, mit der die Regierung einen Fachmann ihres Vertrauens beauftragen muß.

Das sind die Lehren, die gezogen werden müssen. Werden sie heute nicht gezogen, begnügt man sich damit, die Reichsbank zur Beteiligung an der internationalen Zahlungsbank zu zwingen oder selbst den Sturz Schachts zu erzwingen, so ist damit keine Gefahr gegeben, daß der Fall Schacht sich nicht bald in neuer Auflage wiederholt.

Haag, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Die deutsche Delegation beabsichtigt, keine Aenderung des Reichsbankstatutes auf der Konferenz vorzuschlagen. Es wird vielmehr erwogen, in das Schlußprotokoll der Haager Konferenz einen Passus aufzunehmen, in dem es heißt, daß es zu den Obliegenheiten der Reichsbank gehöre, sich an der Bank für internationale Zahlungen zu beteiligen. Moldenhauer lehnt eine weitergehende Aenderung des Reichsbankstatutes ab. Der französische Finanzminister Chairron hat nach Rücksprache mit Moldenhauer an Tardieu nach Paris ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, Moldenhauer bestätige auf Grund einer Vereinbarung mit Schacht, daß die Reichsbank direkt und loyal an der Ausführung des Youngplanes mit arbeiten würde auf der Grundlage einer Aenderung des Reichsbankgesetzes. Man wünscht diese Aenderung aber sofort, ohne die Aenderung des Gesetzes abzuwarten.**

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Das Vorgehen Dr. Schachts im Haag hat damit geendet, daß der Reichsbankpräsident eine völlige Niederlage einstecken muß. Er hat, wie aus der amtlichen Verlautbarung der deutschen Delegation im Haag hervorgeht, in einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärt, daß er sich den aus dem Vorgehen der Reichsregierung ergebenden Verpflichtungen nicht entziehen werde. Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank an der internationalen Zahlungsbank gesichert. Die gleichzeitige Verlautbarung des Reichskabinetts ist in diesem Zusammenhang so zu verstehen, daß die preußische Staatsbank und die Reichskreditgesellschaft solange als Platzhalter für die Reichsbank zu fungieren haben, bis die erforderlichen Abänderungen im Reichsbankstatut getroffen sind. Für Schacht bedeutet seine Niederlage ohne Zweifel einen internationalen Prestigeverlust, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.**

Tardieu befriedigt

Hoffnung auf prompte Regelung

Paris, 14. Jan. (Eig. Drahtber.) **In einem am Dienstag abgehaltenen Ministerrat erstattete Tardieu Bericht über die Fortschritte der Haager Konferenz. Tardieu gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Torpedierungsversuch Schachts von sämtlichen Delegationen einmütig abgelehnt worden ist. Tardieu sprach ferner die Hoffnung aus, daß dem Zwischenfall eine prompte Regelung folgen werde. Er unterstrich schließlich das einheitliche Vorgehen der Gläubigermächte und stellte fest, daß auch zur deutschen Delegation gerechte und gute Beziehungen herrschen.**



Der Friedensengel auf der Londoner Seeabrüstungskonferenz.
(Aus „Nebelspalter", Zürich.)

Stahlrutengänger

30 Kommunisten überfallen acht Reichsbannerleute – 10 Kommunisten vergreifen sich an zwei Frauen

Berlin, 14. Jan. (Drahtmeldung.) **In der Prinzenallee im Norden Berlins wurden gestern abend um 11 Uhr acht Reichsbannerleute von etwa 30 Kommunisten überfallen, mit Stahlruten geschlagen und Steinen beworfen. Vier Täter wurden festgenommen.**

Gegen Mitternacht wurden in der Grünthaler Straße, einer Querstraße der Prinzenallee, zwei weibliche Mitglieder der NSDAP. von etwa zehn Angehörigen der KPD. verfolgt und angegriffen. Als die beiden Frauen in das von ihnen bewohnte Haus in der Grünthaler Straße flüchteten und die Haustür verschlossen, wurde von den Angreifern eine Scheibe der Haustür eingeschlagen. Auch in diesem Falle konnten vier der Täter festgenommen werden.

Der Auftakt zur Brotverteuerung

Höhere Getreidezölle ab 20. Januar

Berlin, 14. Januar. (Drahtmeldung.) **Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung u. a. mit der Erhöhung des Weizen- und Roggenzolles und erklärte sich damit einverstanden, daß durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf 9 Mk. und der Weizenzoll auf 9,50 Mk. je Doppelzentner erhöht wird. Die Zollerhöhung wirkt sich vorerst nur gegenüber der Einfuhr aus denjenigen Ländern aus, mit denen Deutschland nicht im Handelsvertragsverhältnis mit Meistbegünstigung steht; allgemein erhält die Zollerhöhung dagegen ihre Wirksamkeit erst nach Ratifikation des neuen deutsch-schwedischen Handelsabkommens, bezw. spätestens nach Ablauf der Kündigungsfrist für den alten deutsch-schwedischen Handelsvertrag am 15. Februar 1930.**

Aus Bayerns Lachkabinett

Schwarz-Rot-Gold ist nichts für Bayern

München, 14. Jan. (Eig. Drahtber.) Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages wurde am Dienstag mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der verlangte, im bayerischen Staatsgebiete bei feierlichen Anlässen in den Farben schwarz-rot-gold zu flaggen. Ministerpräsident Held begründete die ablehnende Haltung der Regierung mit der Erklärung, daß Bayern als Staat ebenso wie das Reich für sich in Anspruch nehme, seine Staatsgebäude mit seinen eigenen Farben, also weiß-blau zu beflaggen. Es entspreche durchaus der Logik der Tatsachen, meinte der Ministerpräsident, daß ein Staat für sich nur in seinen eigenen Farben flagge. Bei dieser Begründung scheint der bayerische Ministerpräsident vergessen zu haben, daß Bayern ein Bestandteil des Reiches ist. Jedenfalls bleibt die Tatsache auch künftig bestehen, daß im Gegensatz zu allen übrigen Ländern des Reiches, das amtliche Bayern die verfassungsmäßigen Reichsfarben von allen öffentlichen Gebäuden grundsätzlich fernhält.

Baden steht zum Reich

Aus der badischen Regierungserklärung

Karlsruhe, 14. Jan. (Drahtmeldung.) Im Badischen Landtag hat heute Staatspräsident Dr. Schmidt Teile des Voranschlages für 1930/31 mit einer Regierungserklärung vorgelegt, die in ihren einleitenden Worten ein Treubekenntnis zum Reich und zur republikanischen Verfassung ablegt und der Achtung und Verehrung für den Reichspräsidenten Ausdruck gibt. Die badische Regierung, so heißt es weiter, werde die Reichsregierung bei Fortsetzung ihrer Politik der Verständigung unterstützen und erwartet, daß finanzielle Erleichterungen, soweit möglich, zur Senkung der drückenden Steuern verwendet werden würden. Die badische Regierung werde den von dem Unterausschuß der Länderkonferenz empfohlenen Standpunkt mit Nachdruck vertreten, daß Baden zu den Ländern alter Art mit eigener Staatlichkeit gehören müsse.

Die badische Regierung bei bezüglich der Reichssteuerreform der Meinung, daß ein Dotationsbudget abzulehnen sei. Die Länder sollten und müßten vielmehr eigene Steuern haben. Ebenso bestehe gegen die Senkung der Länderanteile an der Einkommensteuer von 75 auf 60 Prozent und an der Umsatzsteuer von 30 auf 25 Prozent die schwersten Bedenken. Der Staatspräsident unterstrich zum Schluß das Recht des Landes Baden auf die Eisenbahnrestabfindung, die auf einem feierlichen Staatsvertrage zwischen dem Reich und den Eisenbahnländern beruhe.

Pension für Boeß?

Der Berliner Oberbürgermeister soll sein Amt niederlegen

Berlin, 14. Jan. (Eig. Drahtber.) Wie das „Tempo" meldet, schweben seit ungefähr acht Tagen zwischen dem bisherigen Berliner Oberbürgermeister Boeß und den Mitgliedern verschiedener Stadtverordnetenfraktionen Verhandlungen, die eine Amtsniederlegung von Boeß zum Ziel haben.

Boeß ist bekanntlich bis zur Erledigung der schwebenden Disziplinaruntersuchung beurlaubt. Sowohl der Oberbürgermeister wie der Magistrat scheinen eingesehen zu haben, daß dieser Zustand im Interesse der Stadt Berlin nicht länger andauern kann. Es wird daher angestrebt, den Oberbürgermeister zum freiwilligen Rücktritt zu veranlassen und zwar gegen Auszahlung einer Pension.

Demonstrationsverbot in Berlin

Wegen Aufforderung zur Gewalttat

Berlin, 14. Jan. (Drahtmeldung.) Der Polizeipräsident teilt mit: Die Bezirksleitung der KPD. und die ihr nahestehenden Organisationen haben ihre Anhänger zu einer Massendemonstration am Mittwoch, den 15. Januar, um 18 Uhr aufgerufen. Im Hinblick auf die in dem Aufruf angekündigten Gewalttaten gegen Andersdenkende ist mit Gegenkundgebungen und mit ernsten Zusammenstößen zu rechnen. Es besteht also eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Der Polizeipräsident hat daher für Mittwoch, den 15. Januar 1930, alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge verboten.

Ein Reichsausschuß

zur Bekämpfung der Krebskrankheit

Berlin, 14. Jan. (Drahtmeldung.) Im Reichsministerium des Innern fand gestern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Dammann eine Beratung über die Organisation der Krebsbekämpfung statt, bei der das Hauptreferat von dem Krebsforscher Geheimer Prof. Blumenthal erstattet wurde. Die vom deutschen Zentralkomitee zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit und vom Reichsministerium des Innern ausgegangene Gründung des Reichsausschusses für Krebsbekämpfung, der die zur Zeit im Vordergrund stehenden Organisationsfragen zu bearbeiten haben wird, wurde allseitig begrüßt. Es ist mit der baldigen Aufnahme der praktischen Aufgabe dieses Ausschusses für das ganze Reich gerechnet.

Kommunistische Regierungspleite

Krise in der Straßburger Stadtverwaltung

Paris, 14. Jan. (Drahtmeldung.) In Straßburg, wo die sozialistische Stadtverwaltung, die seit dem Waffenstillstand dort geherrscht hat und durch eine kommunistisch-autonomistische Verwaltung abgelöst worden ist, scheint sich eine Krise vorzubereiten. Die Sozialisten beschuldigen die neue Stadtverwaltung einer offensichtlichen schlechten Finanzierung. Sie drohen mit dem Rücktritt sämtlicher sozialistischer Stadträte, was zweifellos zu einer Krisis in der Stadtverwaltung führen würde.

Mensch, sind Sie ein Kamel!

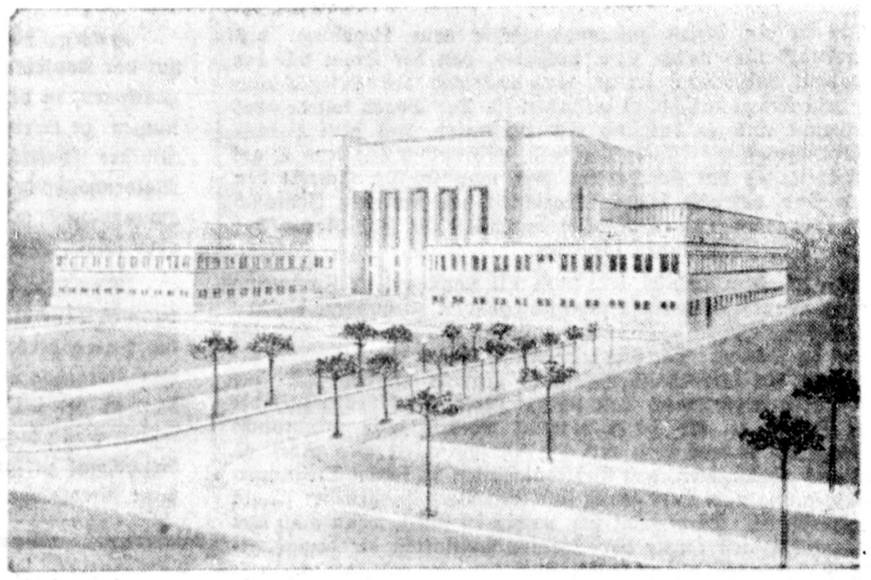
Lustiges und Aufregendes vom Tscherwonzenprozeß

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Im Tscherwonzen-Prozeß wurde am Dienstag in die Beweisaufnahme eingetreten. Wie sich herausstellte, hat es großer Anstrengungen bedurft, um den Druck der falschen Banknoten zu bewerkstelligen. Vier Frankfurter Photographen, die der Buchhändler Böhle zur Aufnahme des Wasserzeichens zu gewinnen suchte, haben abgelehnt, weil sie der Sache nicht recht trauten. Ein junger Buchdruckereibesitzer, der die Werkstätte seines Vaters zur Verfügung stellten sollte, hat ebenfalls abgesagt. Stets hat Böhle die Sache so hingestellt, als sollte ein Buch illustriert werden. Karumidze hat es schlauer angefangen. Er hat im Namen einer „persisch-türkischen Bank" bei einem Papierfabrikanten Bedenk in München eine Bestellung von Wasserzeichen gemacht, das einen Gesamtwert von nicht weniger als 30 000 Mk. hatte. Auch Bedenk machte anfänglich Schwierigkeiten; als er aber 10 000 Mk. bare Anzahlung erhielt und ihm mehrere Adelstypen als Referenzen für Karumidze genannt wurden, willigte er ein. 15 000 Mk. von den versprochenen 30 000 Mk. hatte der Fabrikant wirklich bekommen. Einmal lud er die großzügigen „persisch-türkischen Bankleute" zu sich zum Abendessen ein. Der Vorsitzende fragt den Zeugen: „Kam es Ihnen nicht merkwürdig vor, daß das Papier für eine Bank in Konstantinopel von einem Münchener Dienstmann abgeholt wurde?" Bedenk verneint das. Er sei der Meinung gewesen, daß Aktien darauf gedruckt werden sollten und habe das Papier in starke Kisten gepackt. Aus den Münchener Polizeibeamten, die im Anschluß daran vernommen werden, ist kaum etwas herauszuholen, da sie sich teilweise auf ihre Verschwiegenheitspflicht berufen. Man streitet sich hin und her, wie die Vernehmung dieser Zeugen am besten vor sich gehen soll, die die zahlreichen Vernehmungen der Voruntersuchung geführt haben. Die Untersuchung ist in München nach kurzer Zeit dem Falschmünzerdezernat abgenommen und dem politischen übergeben worden. Die Berliner und Münchener Bankbeamten, die von Dr. Becker mit seinem falschen Tscherwonzen aufgesucht wurden, wissen auch nichts besonderes zu berichten. An sich wäre nach ihrer Meinung das Geschäft lohnend gewesen. Tscherwonzen, die einen Realwert von 20 Mark haben, würden für 13 bis 14 Mark verhandelt. Heute soll man sie sogar für 6 Mk. kaufen können.

Der Buchdruckereibesitzer Schmidt in Frankfurt sagt aus, daß er einen Raum seiner Werkstätte auf 6 Wochen für 2000 Mark den Falschmünzern überlassen hat, in Wirklichkeit aber nur 700 Mark bekam. Es wurde 5 Tage lang bei ihm hinter verschlossenen Türen gedruckt. Es gab auch am heutigen 6. Verhandlungstag ein paar komische Zwischenfälle, so, als die Tscherwonzen herumgezeigt wurden und der Vorsitzende rief: „Geben Sie aber acht, daß sie die Echten nicht mit den Falschen verwechseln!" Die Heiterkeit steigerte sich aber, als sich auf die Frage des Vorsitzenden an einen Zeugen, welcher von den Angeklagten mit ihm verhandelt habe, Bell meldete und sein Anwalt ihn anfuhr:

„Mensch, sind Sie ein Kamel!"

Nach Schluß der heutigen Sitzung kam es vor dem Gerichtsgebäude zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall. Als der Angeklagte Karumdize das Gerichtsgebäude verließ, wurde er auf der Straße von zwei jungen Burschen überfallen und mit Fäusten bearbeitet. Ein Polizeibeamter war sofort zur Stelle, befreite Karumdize und nahm die beiden Angreifer fest. Es handelt sich um zwei Kommunisten, die offenbar an dem Georgier aus politischen Gründen ihr Mütchen kühlen wollten. Zu gleicher Zeit und an der gleichen Stelle ereignete sich ein zweiter Vorfall. Ein Polizeibeamter, der einen Angeklagten zur Verhandlung vorzuführen hatte, kam an der Stelle des Ueberfalles auf Karumdize vorbei. Der Angeklagte benutzte die allgemeine Verwirrung und ergriff die Flucht. Der Beamte rannte mit blank gezogenem Säbel hinter ihm her. Es entstand eine wilde Jagd durch verschiedene Straßen, bis es gelang, den Ausreißer zu erwischen.



Das neue Heim des Hygienemuseums in Dresden wurde soeben im Rohbau fertiggestellt.

Die deutschnationale Parteikasse

für Sklarekgelder immer offen

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die heutigen Vernehmungen im Sklarek-Ausschuß gestalteten sich zu einer schweren Belastung für die Deutschnationalen. Als Zeuge marschierte der bekannte Reichstagsabgeordnete Bruhns auf, der früher selbst bei den Deutschnationalen war, sich aber mittlerweile mit ihnen verkracht hat und jetzt rücksichtslos aus der Schule plaudert. Bruhns war mit den Sklareks intim befreundet.

Auf die Frage, welche Gelder die Deutschnationalen von den Sklareks erhalten haben, erklärte Bruhns in der heutigen Vernehmung:

Im Jahre 1926 habe ihn Leo Sklarek gefragt, ob er den deutschnationalen Stadtverordneten Ganzow kenne. Dieser Ganzow habe ihn um einen Beitrag für die deutschnationale Parteikasse gebeten. Er, Sklarek, habe ihm 2000 Mark gegeben. Nach einiger Zeit habe Ganzow wieder bei Leo Sklarek um Geld gebeten und auch einen weiteren Betrag für die deutschnationale Parteikasse erhalten. Diese Besuche Ganzows bei Leo Sklarek hätten sich noch mindestens dreimal wiederholt und jedesmal habe nach den Erklärungen Leo Sklareks Ganzow Geld für die Deutschnationalen erhalten. Ende 1928 habe dann Leo Sklarek in ziemlich vorwurfsvollem Tone zu Bruhns gesagt: Ganzow sei schon wieder dagewesen, um Geld zu bekommen. Er solle doch endlich eine Pause machen.

Als nun der Sklarek-Skandal in die Oeffentlichkeit kam, will Bruhns zu Ganzow gesagt haben: Jetzt werde wohl auch die Sprache auf die Gelder kommen, die die Deutschnationalen von den Sklareks erhalten hätten. Ganzow meinte,

von diesen Geldern habe auch der Vorsitzende der Berliner Organisation der Deutschnationalen, Abgeordneter Lawerenz, Kenntnis.

Ganzow wird dann selbst als Zeuge vernommen und erklärt: Er sei nur einmal, und zwar im Oktober 1926, bei den Sklareks gewesen und habe von ihnen 2000 Mark bekommen.

Der Reichstagsabgeordnete Bruhns hält dem entgegen, daß die Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß Leo Sklareks Angaben wahr seien und Ganzow häufiger Gelder halten habe. Bruhns beruft sich ausdrücklich auf seinen Zeugeneid, als er erklärt, daß sich ja Leo Sklarek bei ihm seinerzeit wiederholt wegen der häufigen Geldgesuche Ganzows beschwert habe, die Ganzow an ihn gerichtet habe.

Ganzow bleibt bei seiner Behauptung, verwickelt sich dann aber in einen bedenklichen Widerspruch. Er erklärt nämlich, auch andere Parteien hätten von den Sklareks Geld genommen. Man fragte ihn darauf: Welche? Und da sagte Ganzow: „Ich habe einmal bei den Sklareks einen Brief liegen sehen, in dem die SPD, sich für den Eingang von 1000 Mark bedankte." Man ruft ihm zu: „Einmal? Sie waren doch nur einmal dort?" Ganzow gibt darauf zu, daß er etwa 5—6 mal bei den Sklareks vorgesprochen habe. Er gibt weiter zu, die Sklareks auch gelegentlich in einigen Lokalen getroffen und in Gesellschaft anderer Abgeordneter mit ihnen zusammen gewesen zu sein.

Weiter wird als Zeuge der Bürgermeister Schneider vernommen, der eine Darstellung seines Verkehrs mit den Sklareks gibt. Er habe gesellschaftlich enger mit ihnen verkehrt, sich schließlich auch mit Leo Sklarek geduzt. Er habe aber niemals einen roten Pfennig von den Sklareks bekommen, sondern lediglich einige Male durch ihre Vermittlung Renngewinne bezogen.

Der Zeuge Oberbaurat Zwangmeister gibt Auskunft über die Grundstücksgeschäfte der Stadt mit den Sklareks.

Er muß bestätigen, daß ihm von den Sklareks einmal 6000 Mark gegeben wurden, die er an den Kreisverein Charlottenburg der Deutschnationalen Volkspartei weitergeleitet hat.

Die nächste Sitzung des Ausschusses ist Mittwoch.

Völkerbundspakt und Kellogpakt

30 Staaten nehmen an der Zollkonferenz teil

Genf, 14. Jan. (Eig. Drahtber.) Der Völkerbundsrat beschloß am Dienstag, die Anpassung des Völkerbundspaktes an den Kelloggpakt einem elfgliedrigen Ausschuß zu übertragen, der zum ersten Mal am 20. Februar zusammentreten soll.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde über die Tätigkeit und das Programm der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes berichtet.

Wichtig ist die Tatsache, daß die littauische und die japanische Regierung neuerdings mitgeteilt haben, daß sie sich auf der Zollkonferenz vom 17. Februar vertreten lassen werden, wodurch sich die Zahl der europäischen Teilnehmer auf 26 und die der außereuropäischen auf zwei stellt, so daß also voraussichtlich mit einigen weiteren Nachzüglern ungefähr 30 Staaten an dieser wichtigen Konferenz teilnehmen werden.

Nr. 12. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Mittwoch, den 15. Januar 1930.

Stadt Gelsenkirchen-Buer.

Gelsenkirchen-Buer, den 15. Januar 1929.

Was bringt uns der Sommerfahrplan 1930?

Im Septemberheft des Verkehrs-Turms, Jahrgang 1929, sowie in den hiesigen Tageszeitungen veröffentlichte der Gelsenkirchener Verkehrsverein die von ihm den zuständigen Stellen zugeleiteten Fahrplanwünsche für 1930.

Es handelte sich insbesondere um die folgenden wichtigen und vom Verkehrsverein gut ausgearbeiteten Forderungen:

1. D-Zug-Verbindung Düsseldorf Hbf.—Gelsenkirchen Hbf.—Berlin Schlesischer Bahnhof und zurück. (Hinfahrt durch Gelsenkirchen Hbf. um 6.03 Uhr; Rückfahrt durch Gelsenkirchen Hbf. um 0.45 Uhr.)
2. D-Zug-Verbindung Köln Hbf.—Oberhausen—Gelsenkirchen Hbf.—Hamburg Hbf. und zurück. (Hinfahrt durch Gelsenkirchen um 19.36-37 Uhr; Rückfahrt durch Gelsenkirchen Hbf. um 11.32-33 Uhr.)
3. D-Zug-Verbindung Osnabrück—Münster—Wanne-Eickel Hbf.—Gelsenkirchen Hbf.—Frankfurt a. M. und zurück. (Hinfahrt durch Gelsenkirchen Hbf. um 8.43-44 Uhr; Rückfahrt durch Gelsenkirchen Hbf. um 22.34-35 Uhr.)
4. Beschleunigung der Berliner D-Züge (D 13-14 und D 23-24).
5. E-Zug-Verbindung von Dortmund Hbf. nach Gelsenkirchen Hbf. im Anschluß an FD 26.

Es dürfte interessant sein, über das Schicksal dieser Fahrplanforderungen einiges zu erfahren. — Wir sind es zwar gewohnt, daß die Reichsbahn an uns erst denkt, wenn alle übrigen Interessenten keine Wünsche mehr haben, aber es darf nicht vergessen werden, daß einzelne der Gelsenkirchener Fahrplanforderungen nun schon wiederholt vorgelegt worden sind und doch endlich einmal „an der Reihe" sein müssen, befriedigt zu werden.

Achtung, Gespannhalter!

Die Gespannhalter — auch Autobesitzer — der Stadt sind verpflichtet, bei einem Brand auf Aufforderung des Oberbürgermeisters, der Polizeiverwaltung oder der Organe des Feuerlöschwesens (Branddirektor, Brandmeister der Berufswehr sowie die Führer der freiwilligen Gesamtwehr und der einzelnen Abteilungen) Vorspann und Wagen sofort vollständig angeschirrt zu der ihnen bezeichneten Stelle zu senden.

Die Gespannhalter haben den Befehlen der Führer der Berufswehr und der Freiwilligen Feuerwehr Folge zu leisten.

Befreit von der Pflicht der Gespann- und Autostellung sind die Beamten, Geistlichen, Aerzte, Tierärzte und Postbalter hinsichtlich der zur Ausübung ihres Berufes unentbehrlichen Gespanne.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehend angeführten Bestimmungen des § 3 der Ortssatzung betreffend das Feuerlöschwesen der Stadt Gelsenkirchen-Buer vom 3. August 1929 werden, soweit nicht nach § 368, Nr. 8, des Reichsstrafgesetzbuches höhere Strafen eintreten, mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit entsprechender Haft bestraft.

Bürgersteigversicherung.

Eine günstige Gelegenheit für Hausbesitzer.

Von der Stadtverwaltung werden wir gebeten, auf die bestehende Bürgersteigversicherung hinzuweisen. In dieser Versicherung ist jedem Hauseigentümer Gelegenheit gegeben, gegen einen geringfügigen Prämienbetrag von jährlich einer Reichsmark seinen Bürgersteig gegen alle Unfälle, die insbesondere bei Glatteis oder Schnee eintreten können, zu versichern. Die Versicherung gewährt Versicherungsschutz für Personenschäden bis zu 200 000 RM., für Sachschäden bis zu 10 000 RM. Da der Hauseigentümer für Unfälle, die sich auf seinem Bürgersteig ereignen, haftet, kann der Beitritt zu dieser Versicherung nicht dringend genug empfohlen werden. Anmeldungen werden auf Zimmer 232 des Hans-Sachs-Hauses entgegengenommen.

Personen, die dieser Versicherung bereits angehören, brauchen den Antrag nicht zu erneuern.

Aus der Ruhrknappschaft.

Vorstandssitzung am 10. Januar 1930.

Zu den verlorenen Anwartschaften, die nach § 78 des Reichsknappschaftsgesetzes nach ununterbrochener sechsmonatiger Mitgliedschaft zur Pensionskasse wieder aufleben, zählen auch die Anwartschaften der ehemaligen 40- und 65-Pfennig-Zahler. Einer Wiederverleihung durch Vorstandsbeschluß bedarf es also nicht, sie leben von Gesetzes wegen auf. Frühere Mitglieder der Pensionskasse der Ruhr-Knappschaft, die sich jetzt in Polen aufhalten, waren der Auffassung, daß ihnen ein Unrecht geschieht, wenn die Knappschaft Anerkennungsgebühren in jetziger Währung auch für die Zeit der Inflation fordert, wenn solche Anerkennungsgebühren noch nicht bezahlt worden sind und die rechtliche Möglichkeit besteht, daß sie noch jetzt bezahlt werden können. Der Vorstand stellte fest, daß die früheren Mitglieder, die in Polen wohnen, nicht anders behandelt werden, als auch die früheren Mitglieder, die deutsche Staatsangehörige sind. Auch diese müssen, wenn von ihnen die Anerkennungsgebühren für die Zeit der Inflation angenommen werden, für die Inflationsjahre die Anerkennungsgebühr von 50 Pfennig monatlich in jetziger Reichsmark zahlen. Nur während der Uebergangszeit aus der Inflation zur festen Währung ist vorübergehend davon Abstand genommen worden, auch für die Inflationszeit die Anerkennungsgebühr in fester Währung zu verlangen.

Vom Oberbergamt in Dortmund ist bei der Ruhrknappschaft angefragt worden, ob der Vorstand der Ruhrknappschaft die Kosten für eine Untersuchung von Bergarbeitern übernehmen wollte, die mit Preßluftwerkzeugen beschäftigt sind, und die auf die Schädigung des Gehörs durch diese Tätigkeit untersucht werden sollen. Der Vorstand erklärte sich bereit, die Kosten zu übernehmen. Mit der Untersuchung würde er den Ohrenarzt Herrn Dr. Muck in Essen beauftragen. Es sollen im ganzen 400 Bergarbeiter untersucht werden, und zwar 300, die 10 Jahre, und 100, die 5 Jahre lang mit Preßlufthämmern im Bergbau gearbeitet haben. Das Untersuchungsergebnis wird nicht, wie bei den Gesteinsarbeitern, den Untersuchten selbst und den Zechen mitgeteilt, sondern es soll nur als Material zur Feststellung der Einwirkung der Preßlufthämmer auf das Gehör der Bergarbeiter dienen und bleibt bei der Knappschaft. Die Untersuchung ist insofern wichtig, als durch sie erwiesen werden kann, daß auch die Bergarbeiter an der durch die Preßlufthämmer verursachten Taubheit oder an an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit leiden. In Betrieben der Metallverarbeitung und -bearbeitung werden solche Schäden als entschädigungspflichtige Berufskrankheit im Sinne der Unfallversicherung anerkannt, im Bergbau bisher noch nicht.

Lehrlinge werden in diesem Jahre bei der Ruhrknappschaft nicht eingestellt. Auch der natürliche Abgang, der im Laufe eines Jahres eintritt, wird nicht ersetzt. Mit diesen Maßnahmen will der Vorstand die Zahl der Angestellten allmählich auf den Stand bringen, welcher der geminderten Belegschaftszahl entspricht. Die Angestelltenschaft ist bei der Knappschaft noch nicht überaltert, da ihr durchschnittliches Lebensalter 35 Jahre beträgt.

Sprechkunst – Laienspiel – Volkstanz

Das Städtische Jugendamt beabsichtigt, demnächst Sprechkurse für Jugendführer und -führerinnen einzurichten. Ihr Leiter, Herr Dr. Weller (Mülheim), hat sich bereiterklärt, unter Mithilfe seiner Assistentin, Fräulein Keienburg, vorher zwei Werbeabende zu veranstalten, um die eventuellen Teilnehmer mit dem Zweck und der Eigenart des Kursus näher bekannt zu machen. Die Werbeabende finden statt:

Für den Stadtbezirk Buer am Mittwoch, dem 22. dieses Monats, abends 20 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaal; für den Stadtbezirk Gelsenkirchen am Samstag, dem 25. dieses Monats, abends 20 Uhr, im Jugendheim des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Zeppelinallee 7.

Vorgesehen ist ein einleitender Vortrag von Fräulein Keienburg, früher Assistentin für Sprechtechnik an der Universität (Berlin) statt. An diesen beiden Tagen sollen neben Aussprachen folgt der Hauptvortrag von Dr. Weller über das Thema: „Wie man ein Redner wird." Als Abschluß rezitiert Fräulein Keienburg einige Gedichte. Da die Beherrschung der freien Rede für alle Vereinsleiter und Jugendführer von großem Vorteil ist und wesentlich beiträgt zu einem sicheren Auftreten, kann diesen der Besuch der Werbeveranstaltung nur empfohlen werden. Auch sonstigen interessierten Personen, insbesondere den Lehrern und Lehrerinnen, ist der Besuch der Werbeveranstaltung zu empfehlen. Der Eintritt zu der Werbeveranstaltung ist frei.

•

Wochenendtreffen für Laienspiel in Tecklenburg.

Das für Anfang Herbst vorgesehene Wochenendtreffen für Laienspiel, das seinerzeit aufgeschoben werden mußte, findet nunmehr bestimmt am 1 und 2. Februar in der Jugendherberge in den Baumbergen unter der Leitung von Dr. Janaz Gentges Berlin) statt. An diesen beiden Tagen sollen neben Aussprachen und offenen Beratungsstunden für die Spielarbeit Sprechchöre und einzelne Formen geübt werden. Einige Spiele bzw. Spielteile werden von Gruppen des Bezirks durchgeführt werden. Anmeldungen von Jugendführern und Jugendführerinnen sowie Lehrern und Lehrerinnen und vor allem Teilnehmern früherer Kurse sind an das Städtische Jugendamt in Gelsenkirchen, Neumarkt 3, zu richten. Das Wochenendtreffen beginnt am 1. Februar 1930, spät nachmittags, und schließt am 2. Februar, um 18 Uhr. Der genaue Zeitpunkt des Beginnes wird noch bekanntgegeben. Während die allgemeinen Unkosten vom Herrn Regierungspräsidenten in Münster getragen werden, hat der Teilnehmer für Unterkunft und Verpflegung 3,20 RM. zu tragen. Der Betrag ist mit der Anmeldung an die Regierungshauptkasse, Buchhalterei 2 (Postscheckkonto Dortmund Nr. 247), einzusenden.

Falls von Teilnehmern aus Gelsenkirchen-Buer ein Spiel aufgeführt werden soll, ist gleichfalls eine entsprechende Mitteilung an das Städtische Jugendamt zu machen, damit die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden können.

•

Wochenendtreffen für Volkstanz in Gladbeck.

Die Volkstanzförderung im Regierungsbezirk Münster, die durch die vorjährigen und diesjährigen Schulungswochen in den Baumbergen eingeleitet wurden, soll durch ein Wochenendtreffen fortgesetzt werden. Dieses Treffen soll die Tanzkreisleiter, die Teilnehmer der Baumberger Werkwochen und die Kreisjugendpfleger und -pflegerinnen, wie überhaupt alle an der Förderung des Volkstanzes im Regierungsbezirk Münster interessierten Persönlichkeiten zusammenführen. Die Tanzkreisleiter sollen Proben ihrer Arbeitsweise ablegen und über ihre Arbeit berichten, damit durch Erfahrungsaustausch der Volkstanz im Regierungsbezirk weitergebracht und die Bewegung bei der zunehmenden Verbreitung vor Verflachung bewahrt wird. Wegen der besonderen Bedeutung der Angelegenheit für den industriellen Teil des Regierungsbezirks wird das Wochenendtreffen in Gladbeck stattfinden. Unterkunft und Tagungsraum werden noch bekanntgegeben.

Die Leitung haben Otto Ilmbrecht (Hamburg) und Bezirksjugendpfleger Scheffler. Beginn: Samstag, den 1. März 1930, Ende: Sonntag, den 2. März, 15 Uhr. Während die allgemeinen Kosten vom Herrn Regierungspräsidenten getragen werden, zahlt jeder Teilnehmer für Unterkunft und Verpflegung 3,20 RM. Der Lehrgangsbeitrag ist gleichzeitig mit der Anmeldung an die Regierungshauptkasse, Buchhalterei 2 (Postscheckkonto Dortmund Nr. 247), zu überweisen. Der Beitrag ist bei Nichtteilnahme verfallen. Anmeldungen nimmt das Städtische Jugendamt Gelsenkirchen-Buer, Neumarkt 3, bis spätestens 10. Februar entgegen.

Maul- und Klauenseuche. Unter dem Viehbestande des Landwirts August Kerkhof, Brünninghoff 1 zu Recklinghausen, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Paletotdiebe in Gastwirtschaften an der Arbeit. Unbekannte Täter entwendeten am Montag, gegen 0.30 Uhr, aus dem Nebenzimmer einer Gastwirtschaft in der Scholker Straße zwei fast neue Herrenmäntel im Werte von 250 RM. Die polizeilichen Ermittlungen nach den Tätern sind in die Wege geleitet.

Buer.

Ein alter Arbeiter tödlich abgestürzt.

Ein junger Mensch, der mit abstürzte, gerettet.

Am Montagmorgen, kurz nach 4 Uhr, wollten ein alter Arbeiter und ein junger Bursche die für den Verkehr zwischen den Schachtanlagen Bismarck 1-2 freigegebene Eisenbahnbrücke überschreiten. Die beiden gewahrten in der Dunkelheit nicht, daß in dem Brückenbelag einige Planken fehlten. Beide stürzten in die Tiefe. Der ältere Arbeiter schlug mit voller Wucht auf die Emscherböschung auf, während es dem jüngeren Burschen gelang, im Fall eines der Rohre, die unter der Brücke entlanggehen, zu erhaschen und sich daran festzuklammern. Er konnte dann aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Der ältere Arbeiter, namens Adam Wyk, aus Buer-Erle, Hedwigsplatz 4, hatte außer sonstigen Verletzungen einen Bruch der Wirbelsäule erlitten und starb bereits um 7 Uhr im Erler Krankenhaus.

Es scheint uns notwendig, daß sich die Staatsanwaltschaft mit der Sache beschäftigt und die Werksleitung oder ihren verantwortlichen Vertreter zur Rechenschaft zieht, denn dadurch, daß sie oder ihr Beauftragter nicht dafür sorgten, daß die Brücke in Ordnung war, ist infolge ihrer Fahrlässigkeit ein Arbeiter zu Tode gekommen, und es ist nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß nicht auch der zweite jüngere Arbeiter tödlich verunglückte.

Förderstörung auf „Scholven"

Auf der Schachtanlage „Scholven" konnte am Montag die Belegschaft vom Revier 5 nicht anfahren, da die Strebe in Flöz Karl zusammengebrochen war. Der Bruch ereignete sich im Laufe des Sonntags, so daß außer einem bedeutenden Materialschaden keine Verluste eintraten.

Dieser Vorfall zeigt wieder einmal sehr kraß die ungeheuren Gefahren des modernen Abbausystems. Im Flöz Karl wurde nach den Parolen der „Tempo"-Bergbautheoretiker abgebaut: „Viele Arbeiter, schneller Abbau, bedeutet Verminderung der Unfallgefahren." In der Theorie klingt so etwas überzeugend, jedoch beweist die Erfahrung das Gegenteil. Der Wert wird auf den schnellen Kohlengewinn gelegt. Jeder Kumpel muß eine bestimmte Fläche fester Kohle lösen. Erreicht er die festgesetzte Leistung, so gilt er als tüchtiger Arbeiter. Gelingt ihm jedoch die Erreichung dieser Forderung nicht, so hagelt es täglich harte Schimpfworte und Strafen wegen Minderleistung, denen gewöhnlich die Entlassung folgt. Bei einem derartigen Treibsystem sinkt naturgemäß der wichtige Ausbau und die Ausfüllung der Hohlräume zu einer nebensächlichen Angelegenheit herab. Die Unfallgefahren wachsen, anstatt sich zu verringern, und die geplante Senkung der Unkosten wird zur Illusion, da die folgenden Förderstörungen das Plus des schnellen Kohlengewinns verschlucken.

Unfall durch spielende Kinder. Zu einem bösen Unfall, verursacht durch spielende Kinder, kam es am Sonntag gegen Abend auf der Bismarckstraße in Buer-Erle. Die Jungen spielten auf der Straße und achteten nicht auf das Signal eines aus der Richtung Buer kommenden Motorradfahrers. Um nun nicht einen der Knaben, welcher direkt vor das Fahrzeug rannte, zu überfahren, riß der Motorradfahrer seine Maschine herum, um noch im letzten Moment den Zusammenstoß zu vermeiden. Dabei geriet der Fahrer ins Schleudern und kam infolgedessen schwer zu Fall. Er trug eine Beinverletzung davon. Die Maschine wurde ebenfalls beschädigt.

Die Verbandstraße OW. 2 wächst. Bekanntlich wurden in den letzten Jahren hauptsächlich im Stadtbezirk Buer große Verbandsstraßen angelegt. Die unter dem Namen OW. 2 zu bauende Verbandsstraße von Gladbeck in Richtung Buer Mitte hat nunmehr bis über die Zweckeler Straße hinaus ihre Kanalisation, die sich besonders schwierig erwies, erfahren. Es mußten zu diesem Zweck die mit einem besonderen Präparat versehenen Zementrohre gebraucht werden. Der zweite Abschnitt der Kanalisation wird in nächster Zeit beginnen und die Eisenbahnlinie Gelsenkirchen—Bismarck—Dorsten unterirdisch kreuzen und bis zum Kanalanschluß des Stadtbezirks Buer weitergeleitet werden. Die gesamten Abwässer münden in den Haarbach und von hier durch die Boy in die Emscher.

Zusammenstoß. An der Ecke Gladbecker Straße und Schollbruch kam es zwischen einem Personenwagen und einem Lieferwagen zu einem Zusammenstoß. Das Lieferauto wollte in die Gladbecker Straße einbiegen, als im gleichen Augenblick ein Personenwagen aus der Richtung Gladbeck herannahte. Die beiden Wagenführer konnten den Zusammenstoß nicht mehr vermeiden. Durch den Anprall wurde der Personenwagen stark beschädigt. Personen haben keine Verletzungen erlitten.

Wenn man die Zeche nicht bezahlt. Daß es immer noch Leute gibt, die sich recht billig und nett amüsieren wollen, ohne in ihren Geldbeutel zu greifen, bewies ein Vorfall, der sich am Samstagabend in einer Gaststätte in der Stadtmitte zutrug. Vergnügt hatte ein junger Mann mit Freunden gezecht, und als es ans Bezahlen ging, wolle er sich so ohne weiteres und natürlich unbemerkt aus dem Staube machen. Ein Kellner hatte jedoch Lunte gerochen und stellte den Zechpreller, der bereits auf dem Nachhausewege war. Der Gast wurde obendrein noch rabiat, mußte aber eine ordentliche Tracht Prügel in Kauf nehmen. Uebrigens war es interessant, festzustellen, daß er immerhin noch soviel Geld bei sich hatte, um seine Zeche von rund 6 RM. erledigen zu können. Die Prügel wird der junge Bursche so leicht nicht vergessen.

Kofferdieb. Ein Bergmann D. aus Sodingen benutzte am 11. dieses Monats, um 17.35 Uhr, den Straßenbahnwagen von Buer nach Gelsenkirchen. Er hatte einen Handkoffer mit Inhalt und stellte diesen in das Innere des Wagens. Wegen Mangels an Platz wurde der Koffer von einem Straßenbahnschaffner bei dem Führer des Wagens untergestellt. Als D. sich am Bismarckhain nach seinem Koffer umsehen wollte, mußte er die Feststellung machen, daß derselbe von einer männlichen Person, die an der Haltestelle „Kirche Erle" ausgestiegen ist, entwendet worden ist. Es handelt sich um einen braunen Handkoffer mit zwei Messingschlössern. In demselben befanden sich nachstehende Sachen: Ein schwarzer Smoking, ein zweireihiger, blauer Anzug, ein einreihiger, dunkelgrauer Ulster, eine silbergraugestreifte Tennishose, eine graubraune und schwarzkarierte Wintersoppe, eine gelbe Strickjacke mit rotem Rand, eine gelbseidene Hemdbluse und ein weißes Oberhemd. Dem D. ist hierdurch ein Schaden von 340 RM. entstanden.

Stümper als Einbrecher. Wenig Erfolg hatten Einbrecher, die in einer der letzten Nächte in eine Garage an der Ecke Verbands- und Bochumer Straße eingebrochen waren. Sie hatten zwar versucht, den Kraftwagen abzufahren, doch hatten ihnen anscheinend die nötigen technischen Kenntnisse gefehlt, so daß sie den Wagen an Ort und Stelle stehen lassen mußten, nachdem sie durch ihr Basteln allerlei Beschädigungen am Maschinenbetriebe verursacht hatten.

Horst.

Ueberfall. Ein Bewohner F. aus Gladbeck befand sich am 10. dieses Monats mit noch einigen Personen in einer Wirtschaft F. in Horst und bezahlte daselbst auch einige Runden. Als nun die Personen die Wirtschaft verließen, wurde F. von einer der Personen in Richtung Gladbeck begleitet. Als sie in Höhe des alten Friedhofes waren, verlangte die eine Person von F. Geld, worauf F. erwiderte, daß er kein Kleingeld habe. Hierauf erhielt er einen Schlag und fiel zu Boden. Aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen gab F. nun der Person 5 RM., worauf sich diese dann unerkannt entfernte.

800 Angeklagte suchen einen Richter

Masseneinspruchsverfahren vor dem Gladbecker Amtsgericht.

Ende dieses Monats findet vor dem Gladbecker Einzelrichter, Amtsgerichtsrat Meyer, in einer Reihe von Terminen ein Masseneinspruchsverfahren statt, wie es wohl selten in der Justizpflege in einem derartigen Umfange vorgekommen sein dürfte. Anläßlich des dreitägigen Schulstreiks der Gladbecker weltlichen Schulen, der von den Elternorganisationen wegen der Maßregelung von drei Lehrpersonen im Zusammenhange mit den bekannten Vorgängen beim Gladbecker Stadtschulturnfest proklamiert worden war, hatte die Städtische Schulpolizeibehörde gegen sämtliche Eltern, deren Kinder an dem Schulstreik teilgenommen hatten, Strafbefehle in Höhe von je 1 RM. je Kind und Streiktag erlassen. Die übergroße Mehrzahl der in Schulstrafe genommenen, rund 800 Personen, hat gegen die Strafe Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt. Alle diese Einsprüche werden in besonderen Gerichtsterminen, und zwar jeder Einspruch einzeln verhandelt werden.

Wir bieten im Januar etwas Besonderes!

Modell-Zimmer in den bekannt guten Qualitäten bedeutend unter Preis!

Schlafzimmer echt Eiche, Schrank 180 cm breit, mit Marmor und Stühlen . . . . . früher Mk. **790.-** jetzt Mk. **585.-**

Schlafzimmer echt Eiche, Schrank 2 Meter breit, mit Marmor und Stühlen . . . . . früher Mk. **835.-** jetzt Mk. **695.-**

Schlafzimmer echt Nußbaum, Schrank 180 cm breit, mit Frisiertoilette und Polsterstühlen . . früher Mk. **1065.-** jetzt Mk. **825.-**

Schlafzimmer echt Birke, Schrank 2 Mtr. breit, mit Frisiertoilette und elegant. Polsterstühlen früher Mk. **1225.-** jetzt Mk. **965.-**

Herrenzimmer echt Eiche, Bücherschrank 2 Meter breit, mit Tisch, Sessel und Stühlen . früher Mk. **985.-** jetzt Mk. **765.-**

Speisezimmer echt Eiche, Büfett 180 br., mit Auszugtisch u. 4 Lederstühlen . . . . . früher Mk. **735.-** jetzt Mk. **585.-**

Speisezimmer echt Eiche, Büfett 2 Meter breit, mit Auszugtisch u. 4 Lederstühlen . . . . früher Mk. **875.-** jetzt Mk. **745.-**

Speisezimmer echt Nußbaum, Büfett 2 m br., mit Vitrine, Auszugtisch, 4 Polsterstühlen . früh. Mk. **1080.-** jetzt Mk. **875.-**

Speisezimmer echt Nußbaum, Büf. 2.25 m br., Vitrine, oval. Zu rt., 4 Stühle u. 2 Sess. m. eleg. Bez. fr. Mk. **1565.-** jetzt **1245.-**

Herrenzimmer echt Nußbaum, Bücherschrank 2.50 m br., mit Tisch, Sessel u. Stühl. mit eleg. Bezug fr. Mk. **1545.-** jetzt **1185.-**

Wir bitten um zwanglose Besichtigung

G. Block

Das große Spezialhaus für Möbel u. Teppiche

Gelsenkirchen

Schalker Straße 75 (Ecke Liboriusstraße)

Gegründet 1868

Buerscher Gerichtstag.

Ich hab zu Haus ein Grammophon.

Wie das mitunter so zugehen kann, wenn jemand zu Hause nach 10 Uhr abends ein Grammophon spielen läßt, bewies ein Fall, der vor dem Einzelrichter am gestrigen Tage verhandelt wurde. Der Bergarbeiter Sch. aus Buer-Resse hatte einen Strafbefehl von 12 RM. erhalten, weil er im Hause Marienweg 2 mehrere Male ruhestörenden Lärm verursacht hatte. Es hatten sich eben wegen Tanzens und Musizierens mehrere Hausbewohner beschwert, weil sie angaben, in ihrer Nachtruhe gestört worden zu sein. Der Angeklagte konnte nicht bestreiten, daß er an einzelnen Tagen sein Grammophon auch nach 10 Uhr abends hatte spielen lassen. Er sagte aus, daß es mehreren Hausbewohnern Freude bereitet hätte, wenn er seine Musik vom Stapel ließ. Dazu kam noch, daß der berühmteste Bandoniumspieler aus Buer-Resse ab und zu bei ihm zu Gast war und mit schönen Liedern aufwartete. Einige Mitbewohner wurden aber durch das überlaute Musizieren in ihrer Nachtruhe gestört und erstatteten deshalb Anzeige. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte an manchen Abenden überlauten Lärm gemacht und scheinbar absichtlich die Nachtruhe der Mitbewohner stören wollte. Das Gericht erkannte deshalb wegen Uebertretung auf eine Geldstrafe von 5 RM. bzw. 5 Tagen Gefängnis, wozu außerdem noch die Kosten des Verfahrens kommen.

Grete läßt das Mausen nicht.

Fräulein Grete, ein gutgekleidetes Mädchen von rund zwanzig Jahren, nach dem heutigen Begriff Hausangestellte, war bei einer hiesigen Familie als Dienstmädchen tätig. Eines Tages vergaß sich Fräulein Grete und nahm nach und nach einen Geldbetrag von 100 RM. an sich. Ferner stibitzte sie eine Haarschneidemaschine, um sich, wie sie bei der Polizei angab, gelegentlich damit einen Bubikopf zu schneiden. Abgesehen davon, nahm sie auch ferner noch ohne Berechtigung Wäschestücke in ihren Besitz. Die Herrschaft kam aber eines Tages hinter ihre Schliche und erstattete Anzeige. Die Diebin wurde durch die Beweisaufnahme überführt und war übrigens geständig, die vorerwähnten Sachen gestohlen zu haben. Weil sie vorhat, den Schaden wieder gutzumachen, erkannte das Gericht dementsprechend auf eine nicht zu hohe Strafe und verurteilte die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 2 Wochen mit Bewährungsfrist. Es wurde allerdings der Beschluß gefaßt, daß die Angeklagte den Schaden binnen einem Jahre wieder gutmachen muß.

„Barbara, sei still!"

sagte der Vater zu seiner Tochter, als diese in einer Nacht im Oktober nach vorausgegangenem Wortwechsel mit unbedachten Aeußerungen hervortrat. Mitbewohner des Hauses hatten sich nämlich darüber beschwert, daß Barbara zu nachtschlafender Zeit Gesangvorträge vom Stapel ließ. Die Angeklagte dagegen spielte den harmlosen Menschen und will nur über einige derbe Witze, die in ihrer Wohnung vorgebracht wurden, recht herzlich gelacht haben. Die Mitbewohner des Hauses fühlten sich dagegen durch das überlaute Lachen in ihrer Nachtruhe gestört und behaupteten, nicht schlafen zu können. Die Beweisaufnahme ergab zwar, daß die Angeklagte in der fraglichen Nacht übermäßig laut gewesen sei, daß aber die ganze Angelegenheit eigentlich als Racheakt zu bewerten war. Dementsprechend erkannte das Gericht wegen Uebertretung auf eine Geldstrafe von 8 RM., wozu noch die Kosten des Verfahrens kommen.

„Ich bin der Spartakistenführer!"

so sagte eines Tages der Bergmann B. Barde aus Buer-Scholven zu einem anderen Arbeiter und verlangte dabei unberechtigterweise die Personalien dieses Mannes. Ferner belästigte B. Straßenpassanten, und es kam so weit, daß er von einem Polizeibeamten zur Ruhe gebracht werden mußte. Aber nicht genug damit, auch in einer Wirtschaft legte der Angeklagte ein äußerst freches Benehmen an den Tag und kam der Aufforderung, unverzüglich das Lokal zu verlassen, einfach nicht nach. Bei der Abführung zur Wache leistete B. den Beamten gegenüber heftig Widerstand und schimpfte mächtig auf den Polizeibeamten. Er hatte sich daher wegen Beleidigung und wegen Widerstandes in Tateinheit mit grobem Unfug zu verantworten. Seine Angetrunkenheit schützte ihn vor einer hohen Strafe. Das Gericht erkannte wegen der Uebertretung usw. auf eine Gesamtstrafe von 31 Reichsmark, wozu noch die Kosten des Verfahrens kommen.

◆ VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Volkskunstabend der Freien Volksbühne Gladbeck.

Am kommenden Sonntag, abends 7.30 Uhr, gibt die Freie Volksbühne Gladbeck im Volkshaus Gladbecker Hof, Hermannstraße, einen Volkskunstabend, der deswegen den Untertitel „Bunte Folge" trägt, weil musikalische, gesangliche und rezitatorische Darbietungen heiterer und ernster Natur sich ablösen werden. Es wirken mit: am Flügel Gerda Niederwerfer, als Geiger G. Symanzik und als Rezitator Alfred Zingler, sämtliche aus Gelsenkirchen. Als Sängerin des Abends wurde die Sopranistin Trautchen Skonroch als Gladbeck verpflichtet. Die Pianistin und der Geiger sind begabte, musikstudierende Instrumentalisten. Die heimische Sängerin Trautchen Skonroch erfreut sich in Gladbeck eines so guten Rufes, daß ihre Mitwirkung sicherlich dazu beitragen dürfte, dem Abend zum Erfolge zu verhelfen. Alfred Zingler ist als Rezitator und Sprechchorleiter in Westfalen ebenfalls hinlänglich bekannt außerdem steht er als eifriger Mitarbeiter aktiv in der Freien Volksbühnenbewegung. Da der Abend einen heiteren und auch einen ernsten Teil haben wird, dürfte ihm ein guter Besuch gesichert sein, zumal er mit einem geselligen Teil beschlossen wird. Man versorge sich rechtzeitig mit Karten!

Kriegsopferrenten und Arbeitslosenversicherung

Die Durchführung der Bestimmungen über die Anrechnungsfreiheit der Kriegsopferrenten hat vielfach Zweifelsfragen ausgelöst, die zu einer Beunruhigung in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen geführt haben. Aus diesem Grunde hat der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener in einer eingehend begründeten Eingabe das Reichsarbeitsministerium um Klärung der strittigen Fragen ersucht und hierauf folgende Entscheidung erhalten:

Nach § 112 a, Abs. 2, Nr. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 12. Oktober 1929 (Reichsgesetzbl. 1, S. 162) sind von den im § 112 a, Abs. 1, Nr. 2, genannten Renten diejenigen von der Anrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung ausgenommen, die auf einer Kriegsdienstbeschädigung beruhen. Wie die Begründung zu dem Entwurf der Novelle vom 12. Oktober 1929 (Reichstagsdrucksache zu 1311) zu entnehmen ist (S. 19) hielt die Reichsregierung diese Ausnahmevorschrift für geboten angesichts der besonderen Verpflichtungen, die den Kriegsopfern gegenüber bestehen. Der Reichstag hat die fragliche Vorschrift aus dem Entwurf unverändert in das Gesetz übernommen. Damit hat er m. E. hinreichend deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er, ebenso wie die Regierung, bei dem Rentenprivileg des § 112 a, Abs. 2, Nr. 1, keinen Unterschied zwischen den Beschädigtenrenten und den Hinterbliebenenrenten gemacht wissen wollte. Dies drückt der Wortlaut der genannten Gesetzesbestimmung auch deutlich aus; bei den rentenberechtigten Kriegerhinterbliebenen ist die Kriegsdienstbeschädigung, die den Grund der Anrechnungsfreiheit bildet, der durch den Krieg verursachte Tod des Ernährers. Es kann daher m. E. keinem Zweifel unterliegen, daß unter „Renten, die auf einer Kriegsdienstbeschädigung beruhen", auch die Renten der Kriegerhinterbliebenen mit zu verstehen sind.

Von der Anrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung sind weiter Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz ausgenommen (§ 112 a, Abs. 2, Nr. 2 des Gesetzes). Diese Vorschrift wird nicht etwa durch Nr. 4, Satz 2 a. a. O. aufgehoben. In der Praxis wird fast immer die Zusatzrente nur neben Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährt. Erhebt ein solcher Rentenempfänger Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, so bleibt die Zusatzrente auf jeden Fall völlig anrechnungsfrei, gleichviel wie hoch sie ist. Fraglich kann nur sein, was von der anderen Rente anrechnungsfrei ist. Für diese Frage ist — soweit es sich nicht um Renten handelt, die auf einer Kriegsdienstbeschädigung beruhen (s. Nr. 3 der Durchführungsbestimmungen vom 31. Oktober 1929 RABl. S V 67) — nun die Höhe der Zusatzrente von Belang. Beträgt nämlich die Zusatzrente weniger als 30 RM. im Monat, so kommt der an 30 RM. fehlende Betrag der anderen Rente zugute; d. h. in Höhe dieses Unterschiedsbetrages ist auch die andere Rente anrechnungsfrei. Beträgt dagegen die Zusatzrente 30 RM. oder mehr, so ist die andere Rente vollauf die Unterstützung anzurechnen. Nr. IV a 12 916/29.)

Der vorstehende Bescheid ergeht nur vorbehaltlich einer Entscheidung im Spruchverfahren der Arbeitslosenversicherung.

Der bolschewistische Kalender

Die fünftägige Woche in Rußland / Abschaffung des Sonntags

Rußland ist zurzeit dabei, die Woche, also eine chronologische Einheit in der sozialen Ordnung der beiden Erdhalbkugeln als in ihrer jetzigen Gestaltung mit dem Organismus des arbeitenden Menschen unvereinbar aus der Welt zu schaffen und durch den neuen bolschewistischen Kalender zu ersetzen. Im September dekretierte die Moskauer Regierung bereits ein neues Kalendersystem, das die russischen Machthaber als passender für das neue Regime und die russische Gesellschaftsordnung erachten. Die Moskauer Akademie der Wissenschaften erklärte sich als erste und ausschlaggebende Instanz mit dem Novum einverstanden.

Der neue Kalender hebt die heute bestehende Woche der sieben Tage auf und ersetzt sie durch eine fünftägige Wocheneinheit. Das geschieht so, daß in dem neuen Kalender der Sonntag und der Samstag fortfallen. Die neue russische Woche beginnt mit dem Montag und endet mit dem Freitag. Die Zahl der Monate und ihre Namen bleiben bestehen. Alle Monatseinheiten sind jedoch einander gleich und setzen sich aus 30 Tagen zusammen, so daß jeder von der russischen Regierung dekretierte Monat genau sechs Wochen ausweist. Der gregorianische Kalender zählt dagegen sieben Monate zu je 31 Tage, und als einzigen Monat den Februar mit 28 Tagen. Werden von den durch die Reduzierung des Monats von 31 auf 30 Tage verbleibenden 7 Tagen zwei dem Febr. zugezählt, so bleiben nach der russischen Rechnung fünf Tage als „Weiße Tage", die weder zu einer Woche noch zu einem Monat gehören. Beispielsweise ist in dem neuen russischen Kalender zwischen dem 30. Januar und 1. Februar ein Tag eingeschoben, der unserem 31. Jan. entspricht, und den Moskau Lenin weihte, so daß z. B. der 31. Januar in Europa, in Rußland kalendermäßig nur als „Tag des Lenin" geführt wird und als Staatsfeiertag gilt. Zwischen dem 30. April und dem 1. Mai hat Moskau zwei Sondertage eingeschoben, die dem 2. und 3. Mai des gregorianischen Kalenders entsprechen und die in Rußland als kommunistische Arbeiterfeiertage gefeiert werden sollen. Die noch verbleibenden zwei Tage werden zwischen dem 7. und 8. November figurieren und sind dem Tage der Weltrevolution geweiht. Der Schalttag, der in jedem vierten Jahre auf den 29. Februar fällt, wird in Rußland zwischen den 30. Februar und dem 1. März eingeschoben und wird der Industrie als Feiertag dienen. So ergibt sich folgender regelmäßig wiederkehrende Monatskalender:

1. Tag Montag	1	6	11	16	21	26
2. Tag Dienstag	2	7	12	17	22	27
3. Tag Mittwoch	3	8	13	18	23	28
4. Tag Donnerstag	4	9	14	19	24	29
5. Tag Freitag	5	10	15	20	25	30

Jeder erste Tag der Woche fällt auf einen Montag, während die Wocheneinheit ausnahmslos mit einem Freitag abschließt. Der gregorianische und der neue russische Kalender decken sich in ihrem Beginne lediglich am 1. Januar, am 1. Februar, am 1. September und am 1. Oktober. Außer den fünf sogenannten „Weißen Tagen" als stattlichen Feiertag, wird jedem Arbeiter in Rußland nach jedem fünften Tage eine Ruhe von 39 Stunden gewährt, jedoch darf die Arbeit dadurch keinerlei Unterbrechung erleiden. Die Folge dieser Einteilung ist, daß jeweils ein Fünftel der russischen Arbeiterschaft feiert, während vier Fünftel arbeiten.

Auf den Sinn und die praktischen Auswirkungen des bolschewistischen Kalenders werden wir demnächst noch zurückkommen.

Keine überstürzte Arbeit der überkommunalen Arbeitsgemeinschaftsausschüsse

Ueber die Vorgänge vor dem Erlaß der bekannten Verfügungen der in Frage kommenden Regierungspräsidenten zur Bildung der vorläufigen Arbeitsausschüsse der im letzten Eingemeindungsgesetz festgelegten überkommunalen Arbeitsgemeinschaften erfährt ein Mitarbeiter von maßgebendster Stelle folgendes:

Anordnungen zur Organisation der Arbeitsgemeinschaft waren nach Inkrafttreten des Neugliederungsgesetzes vom 29. Juli 1929 von den Regierungspräsidenten in Münster, Arnsberg und Düsseldorf zunächst nicht getroffen worden, weil die meisten Kommunen mit der Umstellung ihrer Verwaltungen auf die durch das genannte Gesetz geschaffenen neuen Existenzbedingungen voll auf in Anspruch genommen waren. Zudem wird bei ihnen kaum Neigung bestanden haben, vor der Wahl der neuen Vertretungs- und Verwaltungsorgane an neue Aufgaben, wie sie auf Grund von Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaften zu lösen waren, heranzutreten. Auch stand noch ein angekündigter, nunmehr auch in der Presse bereits verhandelter Ministerialerlaß über die Arbeitsgemeinschaften aus, der unter dem 7. Dezembere ergangen ist.

Soweit die Westische Arbeitsgemeinschaft (Landkreis Recklinghausen sowie die Städte Recklinghausen, Gelsenkirchen-Buer, Gladbeck und Bottrop) in Frage kommt, hat Regierungspräsident Dr. Amelunxen in der mehrfach erwähnten Verfügung vom 4. Januar die Anweisung gegeben, daß jedes der Arbeitsgemeinschaft anzuschließende Gemeinwesen zwei Vertreter des Gemeindevorstandes und zwei Vertreter des Gemeindeparlaments in den Arbeitsausschuß der Arbeitsgemeinschaft zu entsenden hat. Die endgültige Zusammensetzung des Arbeitsausschusses ist dann durch die von dem vorläufigen Arbeitsausschuß aufzustellende Satzung zu regeln. Die Bestimmung von je zwei Vertretern hat der Regierungspräsident deshalb für angebracht gehalten, um den Gemeinden Gelegenheit zu geben, wenigstens Vertreter der stärksten Fraktionen dorthin zu entsenden. Die Kürze der gestellten Frist war dadurch bedingt, daß auf Grund des § 41 des Einführungsgesetzes zum Gesetz über die kommunale Neugliederung die Aufsichtsbehörde die Satzung zu erlassen hat, falls bis zum 1. Februar 1930 eine Sitzung nicht zustande kommt. Aus diesem Grunde hatte der Regierungspräsident den Gemeinden empfohlen, sich schon vor der ersten Sitzung des Arbeitsausschusses wegen der Fassung der von dem Arbeitsausschuß zu beschließenden Satzung miteinander ins Benehmen zu setzen, damit diese möglichst in der ersten Sitzung des Ausschusses festgestellt werden könne.

Inzwischen hat man aber eingesehen, daß man dem vorläufigen Arbeitsausschuß einen längeren Spielraum für die Festlegung der Satzung gewähren muß, denn nach einer neuerlichen Mitteilung des Ministers ist nach einem im Gemeindeausschuß des Preußischen Landtags angebrachten Urantrag mit der Verlängerung der Frist für den Erlaß der Satzungen der Arbeitsausschüsse um 6 Monate zu rechnen. Den beteiligten Kommunen ist vom Regierungspräsidenten hiervon bereits Kenntnis gegeben worden.

Nr. 12. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Mittwoch, den 15. Januar 1930.

Ein Attentatsplan gegen die Mieter

Verbandspräsident Happ will alle Wohnungen mit 600 Mark Friedensmiete aus der Wohnungszwangswirtschaft herausnehmen / Vom Ruhrgebiet aus soll der Weg freigemacht werden zur Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft im Reiche

Verderbliches Spiel der Oberbürgermeister

Der Sozialdemokratischen Partei ist es gelungen, einen Plan aufzudecken, der seit längerer Zeit im Schoße der kommunalen Geheimbürokratie des rheinisch-westfälischen Industriegebiets gesponnen ist und der in Kürze seine Verwirklichung finden wird, wenn nicht in letzter Stunde die gesamte Mieterschaft und deren politische Vertretungen energische Abwehrmaßnahmen dagegen treffen.

Der Präsident des Ruhrsiedlungsverbandes in Essen, der Zentrumsmann Happ, hat eine neue Wohnungsmangelverordnung im Entwurf ausgearbeitet, die u. a. einen radikalen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vorsieht. Alle Wohnungen mit 600 Mark Friedensmiete und darüber sollen der Zwangswirtschaft entzogen und der freien Bewirtschaftung durch die Hausbesitzer zugeführt werden.

Der Verbandspräsident hat sich zu diesem Vorgehen auf Wunsch der Hausbesitzer-Organisationen entschlossen, die ihn seit längerer Zeit darum angegangen sind. An die Mieter-Organisationen hat der Verbandspräsident sich bezeichnenderweise nicht gewandt: der Wunsch der Hausbesitzer hat ihm vollkommen genügt. Um sich jedoch seines Tuns noch besonders zu versichern, ist der Herr Verbandspräsident mit einem Rundschreiben an die im Verbandsgebiet befindlichen Stadtverwaltungen herangetreten und hat diese um ihre Meinung befragt. Die Herren Oberbürgermeister, in deren Händen die Beantwortung des Rundschreibens gelegen hat, haben auf Grund ihrer mieterfeindlichen Einstellung zustimmend geantwortet. Einzelne Oberbürgermeister sollen von den Vorschlägen des Verbandspräsidenten direkt entzückt gewesen sein und um deren raschefte Durchführung gebeten haben.

(Wir haben uns nach der Stellungnahme des Oberbürgermeisters Zimmermann zu dieser Frage erkundigt und dabei von ihm die Erklärung erhalten, daß ihm ein solches Rundschreiben nicht vorgelegen habe, daß er also auch noch keine Veranlassung gehabt habe, zu dem ganzen Problem Stellung zu nehmen. Er versicherte jedoch, daß er im gegebenen Augenblick auf unsere Frage zurückkommen werde. — D. Red.)

Der Plan ist wirklich fein gesponnen. Auf dem Wege über die Parlamente vermochten die Hausbesitzerverbände und deren Freunde in den Verwaltungen bisher ihr Ziel,

die völlige Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft

nicht zu erreichen. Noch vor wenigen Tagen hat der Wohnungsausschuß des Preußischen Landtages dahinzielende Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen abgelehnt. So versucht man es denn auf andere Weise, von unten herauf. Es ist kaum ein Jahr, da wurde durch Verordnung des Wohlfahrtsministers Hirtsiefer die Mietgrenze für zwangsbewirtschaftete Wohnungen von 1800 auf 1400 RM. herabgesetzt. Dagegen wurden ernsthafte Bedenken weniger erhoben aus dem Grunde, da Wohnungen mit 1400 Mark Friedensmiete nur von gutsituierten Personen bewohnt werden können, also solchen, die auch das Geld dazu haben, eine teuere Wohnung zu bezahlen. Bedenken grundsätzlicher Art haben allerdings auch damals auf Mieterseite bestanden, weil mit der Herabsetzung der Mietgrenze das Prinzip der gebundenen Wohnungswirtschaft weiter durchbrochen wurde.

Die verhängnisvollen Folgen zeigen sich jetzt; die Hausbesitzerinteressenten, denen man einen Finger reichte, verlangen nun die ganze Hand. Die Beseitigung der Wohnungswangswirtschaft genügt ihnen nicht einmal, auch den Mieterschutz, der durch die Verordnung des Verbandspräsidenten unberührt bleiben soll, wollen sie beseitigt wissen. Stück um Stück sollen die Rechte der Mieter abgebaut werden.

Seit Bestehen der Wohnungszwangswirtschaft sind nicht weniger als zehn Lockerungsverordnungen erlassen worden, die sämtlich dem Hausbesitzerinteresse dienen. Die nunmehr geplante Verordnung würde zunächst nur jenem Teil Hausbesitzer von Nutzen sein, in deren Häusern Wohnungen mit einer Friedensmiete von 600 Mark vorhanden sind. Die selbstverständliche Folge wäre, daß der übrige Hausbesitz, der nur über Wohnungen mit einer niedrigen Friedensmiete als 600 Mark verfügt, sich über eine solche Begünstigung beklagte. Der Wohlfahrtsminister würde bald gezwungen sein, dem Drängen auch dieser Hausbesitzer nachzugeben und alle, auch die kleinsten und billigsten Wohnungen freizugeben.

Die Herabsetzung der Mietgrenze von 1400 auf 600 Mark muß Millionen Mieter in allerschwerste Bedrängnis bringen. Davon betroffen würden alle die Mieter, die auf Grund ihrer Familienverhältnisse oder aus anderen Umständen eine Wohnung mit 600 und mehr Mark Friedensmiete inne haben. In unzähligen Fällen haben die Hausbesitzer auf alle mögliche Art die Friedensmiete nach dem Kriege zu erhöhen gewußt, sei es bei einem Wohnungswechsel, durch Druck auf den Mieter oder durch Beschluß der Mieteinigungsämter. Schätzungsweise 40 Proz. aller Mieter wohnen so heute in Wohnungen mit über 600 Mark Friedensmiete. Die Mehrzahl sind Arbeiter, Angestellte und Beamte. Daneben gibt es viele kleine selbständige Existenzen, denen die Zahlung von 50 bis 60 RM. Monatsmiete sehr sauer wird. Das scheinen weder der Herr Verbandspräsident, noch die von ihm befragten Oberbürgermeister zu wissen! Die Herren beziehen ja neben ihrem hohen Einkommen noch einen Wohnungsgeldzuschuß, der das jährliche Durchschnittseinkommen eines gut bezahlten Spezialarbeiters übersteigt; sie vermögen sich somit in die Lage des kleinen Mannes gar nicht hineinzudenken. Soziale Not ist für sie ein unbekannter Begriff. Sie wissen nicht, was es heißt, von einem Monatseinkommen von 200 bis 400 RM. ein Viertel oder gar ein Drittel als Miete abzugeben und mit dem übrigen Gelde eine Familie anständig durchzubringen. **Der Fälle sind nicht wenige, wo der kinderreichen Familie die Beibehaltung einer ausreichenden Wohnung nur durch Erlaß der Hauszinssteuer möglich ist. Von alledem scheinen die Herren nichts zu wissen. Sie sitzen am grünen Tisch in der warmen Stube und treffen ihre Anordnungen, die enge Fühlungnahme mit dem Volke, der tiefere Einblick in dessen Sorgen und Nöte fehlt ihnen gänzlich.** Nur so sind ihre Handlungen zu erklären.

Die Oeffentlichkeit aber kann und darf zu einer solchen Volksfremdheit nicht schweigen und

die Sozialdemokratische Partei und Presse,

denen die Nöte des Volkes von jeher gut bekannt sind, erheben rechtzeitig ihr warnende Stimme. Sie richten ihre Mahnung in erster Linie an den preußischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, dem der Entwurf der Verordnung des Verbandspräsidenten in den allernächsten Tagen zwecks Genehmigung zugeleitet werden soll.

Der Erlaß einer Verordnung mit einer solchen Bestimmung bedeutete das nahe Ende der Wohnungszwangswirtschaft überhaupt.

Darüber muß man sich klar sein. **Die Hausbesitzer würden** sofort versuchen, die niedrigeren, an der 600-Mark-Grenze liegenden Wohnungen möglichst auszugleichen. Die bekannte Schraube ohne Ende würde wieder ihre rotierende Bewegung beginnen wie nach der Freigabe der gewerblichen Räume. Eine Milderung oder gar Beseitigung der Wohnungsnot, wie sie die Urheber des Planes vielleicht erträumten, würde nicht erreicht. Dagegen aber würde ein nie gekannter Mietwucher und als dessen Folge eine maßlose Erbitterung und Not im Volke entstehen. **Wirtschaftskämpfe von ungeahnter Heftigkeit würden ausbrechen, deren** Ende nicht abzusehen wäre.

Alle einsichtigen Kreise sind sich darüber klar, daß auf dem Wege, wie ihn der Verbandspräsident und die Oberbürgermeister zu gehen bereit sind, einer Lösung des Wohnungsproblems nicht näher zu kommen ist. Selbst der Reichsverband der Deutschen Industrie rät von einem überhasteten Vorgehen gegenüber der Wohnungszwangswirtschaft ab, er schlägt einen allmählichen Abbau in einem Zeitraum von 5 Jahren vor.

Wir richten an den Herrn preußischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer die Frage, ob er gewillt ist, der Forderung der Hausbesitzer und deren Freunde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in dem vom Verbandspräsidenten vorgeschlagenen Maße **nachzugeben? Ist er etwa der Meinung, daß der Hausbesitzer des** größeren Schutzes bedürftig ist? Ist der kleine Mann, der schon eine ungeheuerliche Last zu tragen hat, keiner Hilfe des Staates mehr bedürftig? Will der Minister seine Hand dazu bieten, daß vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit seiner furchtbaren sozialen und wirtschaftlichen Volksnot aus die Front zur Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft über das ganze Reich aufgerollt wird? Solches scheint tatsächlich geplant! Will der Minister dafür die Verantwortung übernehmen?

Der gesamten Mieterschaft aber rufen wir zu: Augen auf! Seht, was vorgeht. Wehrt euch mit all euren Kräften gegen das frivole Spiel, welches man mit euch zu treiben gesonnen ist. Erklärt euren Feinden den Krieg. Protestiert! Rüttelt an den Türen der Herren Oberbürgermeister, die den Attentatsplan gegen eure Mieterinteressen befürworten. Rafft euch auf zu energischer Abwehr, ehe es zu spät ist. Der fein gesponnene Plan darf nicht Tatsache werden!

Der Kampf gegen Mietwucher

Die Sozialdemokratie in der Abwehr

In Erkenntnis der großen Gefahren, die den Mietern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet drohen, fand am Freitag, dem 10. Januar, in Wattenscheid

eine Konferenz der Vertreter der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktionen aller Kommunen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets

statt, die sich mit dem Plane des Verbandspräsidenten auf Erlaß einer neuen Wohnungsmangelverordnung beschäftigte. Nach einem Vortrage des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion des Ruhrsiedlungsverbandes, Genossen Rauschenberg (Wattenscheid) und nachfolgender eingehender Aussprache, wurde folgende

Entschließung

an den preußischen Wohlfahrtsminister und an den Reichsarbeitsminister einstimmig beschlossen:

„Der Präsident des Ruhrsiedlungsverbandes in Essen erwägt die Herausgabe einer neuen Wohnungsmangelverordnung für den ganzen Verbandsbezirk, der alle Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriegebiets einschließt, die einen besonders großen Wohnungsmangel zu beklagen haben.

Der Entwurf der neuen Verordnung sieht u. a. einen radikalen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vor. Den Forderungen der Hausbesitzer entsprechend, sollen die Wohnungen mit einer Jahresfriedensmiete von über 600 Mark aus dem Wohnungsmangelgesetz heraus kommen. Das heißt, diese Wohnungen sollen nicht mehr der Bewirtschaftung durch die Wohnungsämter unterstehen und können frei vermietet werden. Das weitere Ziel ist, die Wohnungen unter 600 Mark bald folgen zu lassen.

Nach den gemachten Erfahrungen werden alle Wohnungen, die frei vermietbar sind, im Preise den Neubauwohnungen angepaßt, so daß nur noch Hochbesoldete und Vermögende, industrielle und kaufmännische Unternehmungen Wohnungen von vier und mehr Räumen mieten können. Die vermietbaren Wohnungen, die bisher 50 RM. monatlich gekostet haben, werden dann auf 100 RM. und höher gesteigert werden.

Kinderreiche Familien haben dann überhaupt keine Aussicht mehr, eine größere Wohnung zu bekommen, die ihrem Einkommen entspricht.

Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz sollen zwar bestehen bleiben. Diese Gesetze bilden aber keinen Schutz mehr gegenüber den Druckmitteln der Vermieter, die bei der Vermietefreiheit noch mehr als heute die Wohnungen an den Höchstbietenden vermieten.

Wenn die Altmieter auch nicht gekündigt werden können, wo sie höhere Mietforderungen ablehnen, so werden durch die gesetzliche Zubilligung von Vereinbarungsmieten unermeßbare Mietstreitigkeiten heraufbeschworen.

Nur aus tiefster Not heraus finden die Mieter sich bereit, höhere Mieten zu „vereinbaren". Wenn die Regierung diese Mieter an das Mieteinigungsamt verweist zwecks Festsetzung der gesetzlichen Miete, dann bringt es die Mieter in eine fatale Lage, denn sie werden von den Hausbesitzervereinen geächtet wegen Verstoßes gegen Treu und Glauben und haben keine ruhige Stunde mehr in ihrer Wohnung.

Jede Lockerung der Zwangswirtschaft vergrößert das Chaos im Wohn- und Mietwesen. Nach Ansicht von ernsthaften Wohnungspolitikern werden jetzt schon mehr als 2 Milliarden RM. jährlich über die gesetzliche Miete hinaus aus der Mieterschaft herausgezogen an höheren Mieten, Abfindungen, Darlehn usw. Die Hausbesitzer arbeiten in großem Umfange mit Agenten, Möbelverkäufern usw., die alle ihre Prozente aus den Mieten herausziehen, die nur die Wahl haben, in zu kleinen, zu wenigen oder verwahrlosten Räumen elend zugrunde zu gehen oder mit Frauen und Kindern zu hungern, da ein zu hoher Prozentsatz vom Einkommen für Wohnungsmiete abgegeben werden muß.

Die beabsichtigte Angleichung der Altwohnungsmieten muß zunächst durch Senkung der Neubaumieten geschehen, die teilweise eine Verzinsung bis zu 20 % des Baukapitals erreichen.

Die Lockerung der Zwangswirtschaft darf nur in dem Maße vor sich gehen als Erleichterungen zur Erlangung der Wohnungen gewährt werden können und die Wirtschaftslage wieder die Möglichkeit bietet, die Einkommen zu verbessern.

Mit der Wiedereinführung der freien Wirtschaft wird der Kampf ums Dasein furchtbar verschärft und eine große Masse ökonomisch Schwacher von den Stärkeren zugrunde gerichtet. Die Grundsätze des sozialen Schutzes und Ausgleichs werden damit verworfen und ein wilder Kampf aller gegen alle wird heraufbeschworen.

Aus allen diesen Gründen fordert die Vertretertagung sozialdemokratischer Gemeindevertreter des Industriegebiets Rheinlands und Westfalens von dem Herrn Minister die Verhinderung der Herabsetzung der Zwangsmietengrenze durch den Herrn Präsidenten des Ruhrsiedlungsverbandes."

Das Proletariat, daß sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nötiger als sein Brot. (Karl Marx)



Denkt an diese Worte von Karl Marx. Handelt danach, lest belehrende Bücher. Unsere Volksbuchhandlung liefert diese zu leichten Bedingungen.

Jetzt noch viel billiger

Haushaltwaren

Im 3. Stock

1 Waggon Emailliewaren, 1 Waggon Hartsteingut enorm billig eingekauft.
gewaltige Auslagen, Porzellan, Steingut u. Emaillewaren aus diesem Riesen-Angebot 6 Schlager

Eimer gute Qualität 28 cm Stück **75** ₰

Kochtopf weiß Emaille, mit Deckel, 20 cm Stück **95** ₰

Spülwanne weiß Emaille, mit Hohlgrift Stück **95** ₰

Terrine Hartsteingut Stück 95, 50 **25** ₰

Fleischplatte glatt u. Feston Hartsteingut Stück 50, 25 **10** ₰

Untertassen Hartsteingut, bunt 3 Stück **10** ₰

Alsberg
Gelsenkirchen Akt. Ges.

Arbeiter-Sport

Wer sündigt gegen den Olympischen Geist?

Eine gegenstandslose Hetze, die auf die Urheber zurückfällt.

Die bürgerliche Presse, allen voran der „Düsseldorfer Mittag", fühlt sich einmal mehr bemüßigt, über den „olympischen Unfug" zu wettern. Anlaß dazu geben anscheinend die großzügigen Vorbereitungen, für das 2. Arbeiter-Olympia, das 1931 im roten Wien abgehalten wird. Wir haben nichts dagegen, wenn man gegen den olympischen Unfug der verschiedensten Grade im bürgerlichen Sportlager zu Felde zieht; Verwahrung müssen wir jedoch dagegen einlegen, daß man ausgerechnet das nur alle 6 Jahre einmal stattfindende Arbeiter-Olympia aller Arbeitersportler der gesamten Welt herunterzusetzen versucht. Eine Ueberhebung und Groteske zugleich ist es, wenn man in Verbindung mit irreführenden bürgerlichen Olympiaden gegenüber dem Arbeiter-Olympia den Vorwurf erhebt, daß es: „Die wirklichen olympischen Spiele nur diskreditiere."

Wie sieht es in Wirklichkeit bei den Olympischen Spielen der Bürgerlichen aus?

Nur mit einem gewissen Abscheu kann man an die unglaublichen Szenen nationalistischer Aufputschung bei der Amsterdamer Olympiade im Jahre 1928 zurückdenken. Der nationalistische „Sieg-um-jeden-Preis"-Gedanke beherrschte diese „Olympia" in einem Maße, daß man schon eher von einem olympischen Niederbruch schreiben konnte. Nachdem schon das Spiel Holland gegen Uruguay die widerlichsten Szenen gezeitigt hatte, setzte das Spiel Deutschland gegen Uruguay allem die Krone auf. Selbst der „Mittag", der heute von einer Diskreditierung der olympischen Spiele schreibt, äußerte sich seinerzeit wie folgt: „Der olympische Gedanke wurde in einer Art und Weise vergewaltigt, wie wir das nie für möglich gehalten hätten. . . Es ist abstoßend, die Skandalszenen alle hier aufzuführen. Es waren zahlreiche darunter, die dem Tatbestand der Körperverletzung im Sinne des Strafgesetzbuches erfüllten . . ."

Das „Kölner Tageblatt" schrieb seinerzeit: „Das olympische Stadion gleicht einem Krater. Heulen, johlen, jauchzen, pfeifen vereinigt sich zu einer wahrhaft „olympischen" Sinfonie. Auf dem Rasen ein unbeschreiblicher Wirrwarr! Auf der Pressetribüne kann man sein eigenes Wort nicht verstehen, geschweige denn einen klaren Gedanken fassen. Unter solchen Zeiten versank die olympische Sonne des 3. Juni. Was da auf dem grünen Rasen geschah, war nicht eine — es war die Katastrophe des olympischen Fußballturniers."

All dies, und die in der Folgezeit immer schlimmer zutage tretenden Skandale im bürgerlichen Sport hindert die bürgerliche Presse indes nicht, anderen Verbänden Vorhaltungen zu machen, zu denen sie eigentlich nicht die geringste Berechtigung haben.

Hat nicht erst noch um die Jahreswende Herr Dr. Diehm den Unsinn des bürgerlichen Sports klar herausgestellt. Ja, es mehren sich in letzter Zeit die Stimmen im bürgerlichen Lager, die mehr oder minder offen zugeben, daß im Gegensatz zu den Zuständen im bürgerlichen Sport in der Arbeitersportbewegung wahrer sportlicher Geist vorherrscht.

Mit Stolz und hoher Genugtuung kann man heute noch auf das 1. Arbeiter-Olympia 1925 in Frankfurt a. M. zurückblicken, dessen hoher erzieherischer Wert im Dienste menschlicher Gemeinschaftskultur seinerzeit von vielen führenden Leuten der bürgerlichen Welt anerkannt wurde. Auch das große internationale Bundesfest des deutschen Arbeiter-Turn- und -Sportbundes 1929 in Nürnberg stand auf gleicher hoher Stufe und hat vielen Gegnern Worte der Achtung abgenötigt. Das Nürnberger Bundesfest war zwar kein Olympia, doch der olympische Geist, die brüderliche Verbundenheit aller drückte auch diesem Fest den Stempel auf.

Im roten Wien feiern die Arbeitersportler aller Welt, gleich welcher Sportarten, ihre 2. Arbeiter-Olympia, das zweifellos in gleicher Weise wie das erste in Frankfurt a. M. im edelsten menschlich sportlichen Geiste stehen und eine Kulturtat werden wird. Die Anzapfungen der bürgerlichen Presse werden daran nichts ändern — höchstens dazu beitragen, daß die Erkenntnis von wertsportkultureller Betätigung innerhalb der Arbeitersportverbände in immer weiteren Kreisen anerkannt wird. Bürgerlicher Ungeist ist nicht in der Lage, wirkliche olympische Spiele in tiefster menschlicher Bedeutung durchzuführen, das bleibt den im Sinne der sozialistischen Menschheitsverbundenheit wirkenden Arbeitersportverbänden überlassen.

Bahnmeisterschaften der „Solidarität"

Am 19. Januar Radländerkämpfe der Arbeiter-Radfahrer in Dortmund

Deutschlands größte Radschau! So konnte man es wochenlang an den Litfaßsäulen der Millionenstadt Berlin lesen. Prachtvoller Verlauf der Radsportwettbewerbe. Das Urteil der Fachpresse: Diese Amateure vollbringen Leistungen, die von Berufssportlern nicht übertroffen werden können. Der hohe Wert der Massenleistungen ist verblüffend!

1 Uhr nachts. Die Meister im Saal sind ermittelt. Vier Stunden später: Die Straßenwettbewerber treten in die Pedale. Die Westdeutschen werden zum ersten Male Meister in 10- und 50-Kilometer-Einzel- und 25-Kilometer-Mannschaftsfahren auf der Straße.

Miserable Straßen. — Guter Sport. Hervorragende Zeiten — Anders beim Bahnrennen. Zwei Tage der bei der Rütt- oreua sprichwörtliche Regen. Bei der Hauptklasse können die Meister in 2 Kilometer das Zielband kreuzen. Es folgen dann noch zwei Vorläufe der 5-Kilometer-Altersklasse und ein Vorlauf der 5-Kilometer-Hauptklasse. Dann Bindfadenregen. — Ein Trost, die Veranstaltung ist gegen Regen versichert. Dasselbe Bild am andern Morgen. Kurze Beratung — die Rennen werden verlegt — Termin wird noch bekanntgegeben.

Die westdeutschen Funktionäre treten zusammen. Durch die guten Leistungen der rheinischen Fahrer ermutigt, steigt der Wunsch, die Veranstaltung muß nach dem Westen — um hier den Anhängern und anderen Verbänden zu zeigen, daß der Arbeitersport marschiert. Hat der Bund im Juni umsonst 50 000 Mitglieder gewonnen?

Fort gehts zur Heimat. Der Antrag wird gestellt. — Lange ists still. Plötzlich, kurz vor Jahresschluß: Am 19. Januar steigt die Veranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle.

Auf der Hinfahrt zur Funktionärsitzung Bedenken über die hohen Kosten — über den Termin — über das drei Tage vorher stattfindende 6-Tage-Rennen. Das Sitzungszimmer ist gestopft voll. Die hoffnungsvolle Aussprache fegt alle Bedenken fort. Der internationale Gedanke bricht sich Bahn — unsere Brüder jenseits der Grenze sollen kommen zum Länderkampf. Schnell ist man einig. Ausschüsse werden gebildet — Techniker beraten das Programm. Ein berechtigter Wunsch wird laut: Bei der Veranstaltung soll die Musik das Bundeslied spielen. Unser vorsorglicher Pressechef: Hier sind die Noten — erstaunte, dann freudige Gesichter. Noch einige grundsätzliche Fragen werden geklärt. Dann — kurzer Händedruck — Wiedersehn am 19. Januar.

Nun an die Arbeit. Alle Radsportfreunde müssen zur Stelle sein. Sonntagsfahrkarten, bei geschlossenen Vereinen Gesellschaftsfahrten. Ziel: Dortmund. Die Masse muß sprechen. Trotz der schlechten Zeit — trotz der vorhergehenden Sensation des 6-Tage-Rennens. Trotz alledem „Frisch auf" ans Werk.

H. St.

Die Arbeiter-Athleten treu zum Bund.

Riesenreinfall der Spalter-J.-G. mit ihrer „Kreistagung".

Nach der Spaltung in anderen Arbeiter-Sportorganisationen hatten die kommunistischen Sportzerstörer ihr Hauptaugenmerk auf den Arbeiter-Athletenbund gerichtet. Zielbewußt hatte man auch im westdeutschen Kreis dieses Bundes die Spaltung vorbereitet.

Am vergangenen Sonntag sollte nun auf einer sogenannten „Kreistagung" dieser Leute der entscheidende Schlag gefällt werden. Aber zum großen Entsetzen der Spalterhäuptlinge husteten die westdeutschen Arbeiter-Athleten diesen Zerstörern der Einheit etwas. Noch nicht ein Viertel der westdeutschen Arbeiter-Athleten-Vereine hatte diese Tagung beschickt. Ganze 22 Delegierte der Vereine waren anwesend, wobei einige kommunistische Vereine mehrere Delegierte entsandt hatten. Einige andere „Delegierte" solcher Vereine waren dann noch vertreten, deren Vereine eine Beschickung ausdrücklich abgelehnt hatten.

Weiterhin nahmen Hermes (Solingen) und Sellheim (Berlin) an dieser Tagung teil. Mit einigen kommunistischen Bezirksleitern waren alles in allem ganze 32 Personen anwesend, was deutlich die „Größe" dieser Spalter-Tagung beleuchtet. Zumal, wenn man berücksichtigt, daß dem westdeutschen Kreise des Arbeiter-Athleten-Bundes 64 Vereine angehören. Besondere Beachtung verdient noch die Tatsache, daß sämtliche Düsseldorfer Arbeiter-Athleten-Vereine, darunter auch Gerresheim, in dem der ehemalige Kreisleiter Mucha bisher Mitglied war, die Gemeinschaft mit den Spaltern ablehnen und Treue dem Bunde bewahren. Angesichts dieser Tatsachen ist es gewiß nicht zuviel gesagt, wenn man von einem Zusammenbruch der organisierten Spaltungsaktion bei den Arbeiter-Athleten spricht. Die Arbeiter-Athleten waren auf der Hut und haben den kommunistischen Spaltungsparolen die allein richtige Antwort erteilt. Die Einheit des Bundes über alles.

Aus dem nassen Element

Wasserballspiel Ronsdorf (1.) — Elberfeld (3.) 3:1 (2:0).

Die Winterserie der Bergischen Gruppe im Arbeiter-Wassersport nahm nun ebenfalls ihren Anfang. Obiges Spiel fand am Sonntag in Solingen statt. Nach recht flottem, technisch gutem Verlauf gelang es den Ronsdorfern die geschwächt antretenden Elberfelder, trotz tapferer Gegenwehr, sicher zu schlagen. Das Spiel hinterließ in jeder Hinsicht einen vortrefflichen Eindruck.

Wassersport-Gruppentagung in Düsseldorf.

Am Sonntag fand in Düsseldorf eine Lehrstunde mit anschließender Tagung der 2. Gruppe (Düsseldorf—Krefeld—Duisburg) der Arbeiter-Wassersportler statt. Die Berichte waren allgemein zufriedenstellend, besondere Erwähnung verdient aus dem Rettungsbericht, daß bei 5921 Wachestunden im letzten Jahre 48 Menschenleben in der 2. Gruppe gerettet werden konnten. Die Tätigkeit der Arbeiter-Wassersportler zeugt so von hohem Pflichtbewußtsein für die Allgemeinheit. Die Arbeit der Funktionäre fand in der Wiederwahl ihre Anerkennung. In technischer Hinsicht wurde das Programm für 1930 festgelegt; außer der Wasserballserie ist u. a. ein Gruppenschwimmfest geplant. Für die Jugend wurden besondere Wanderfahrten festgelegt.

Rundfunk-Programm.

Welle-Programm Köln (227) und Langenberg (473).
Zwischensender: Aachen (453) und Münster (234).

Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.45: Leibesübungen. ● 7: Schallplatten. ● 10.15: Schallplatten. ● 10.30: Wasserstände. ● 12.10: Schallplatten. ● 12.50: Wetter. ● 12.55: Bauener Zeit. ● 15.30: Wirtschaftsberichte ● 16.25: Zweite Wirtschaftsmeldungen (außer Samstags) ● 18.50: Vom Tage (außer Sa.). ● 19: Wirtschaftsmeldungen und Wetter.

Donnerstag, 16. Jan. 11.30: Schulfunk. Englisch. ● 13.05: Konzert des Orch. des Westd. Rundfunks. Solist: A. Heinrichs (Violine). ● 15: Kinderspielstunde. ● 15.45: Dr. h. c. Else Wentscher: Moderne Erziehungssorgen. ● 16.05: Vilma Moenckeberg-Kollmar liest Gedichte von Mörike. ● 16.30: Fachvorsteherin Münster: Das heimatkundliche Prinzip im lebens- und bürgerkundlichen Unterricht in Mädchenklassen. ● 17.30: Kammermusik. Mitw.: Irma Weile (Sopran), H. Neemann (Solist auf der 24saitigen alten Laute). Original-Lautenmusik des 17. Jahrhunderts: — Altitalienische Arien — Original-Lautenmusik des 18. Jahrhunderts. — Brahms: Zigeunerlieder. ● 18.30: Gutes Deutsch. ● 19: Spanisch ● 19.25: Deutsche und französische Ansage ● Opernübertragung ● 19.30: Opernhaus Köln: Louise. Musikroman von Gustave Charpentier. — In der ersten Pause: Ueber Gustave Charpentier — In der Hauptpause: Deutsche und französische Gedichte ● Danach: Westfalenhalle Dortmund: Das Ende des Dortmunder Sechstagerennens. ● Anschl.: Nachtmusik und Tanz ● 24: Schallplatten.

Deutsche Welle (1635).

Deutsche Welle. Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.55: Wetter für den Landwirt ● 7: Gymnastik. ● 12.25: Wetter für den Landwirt (So 12.50). ● 12.55: Bauener Zeit. ● 14: Berlin: Schallplatten ● 15.30: Wetter. Börse.

Deutsche Welle. Donnerstag, 16. Jan. 9: Stadtschulrat Nydahl: Mein Besuch in amerikanischen Schulen. ● 9.30: Breslau: Wintersport im Riesengebirge. Kampfspiele in Krummhübel. ● 10: Erich Kloß: Flitz, das Wildkaninchen. ● 10.35: Mitteil. des Verb. der Preuß. Landgemeinden. ● 14.30: Jugendstunde. Reisen und Abenteuer. ● 15: Ober-Reg.-Rat Hylla: Wie steht es mit der Einzelschrift in der preußischen Volksschule? ● 15.45: Dr. Margarete Jacobsohn: Wandlungen in der sozialen Gesinnung der Frau. ● 16: Schulrat G. Wolff und Berufsschuldir. O. Schulz: Volksschule und Berufsschule auf dem Feld der Jugendbildung. ● 16.30: Berlin: Nachmittagskonzert. ● 17.30: Ilse Blumenthal-Weiß: Paula Modersohn-Becker zum Gedenken. ● 18: E. Stahff: Bei auslandsdeutschen Turnern und Sportlern in 15 Staaten. ● 18.30: Spanisch für Fortgeschr. ● 18.55: Schäfereidir. Larras: Schafzucht. ● 19.25: Inhaltsangabe und Personenverzeichnis der nächst. Uebertr. ● 19.30: Städt. Oper, Charlottenburg: „Othello". Oper in vier Akten von Verdi. ● 22.30: Tanzunterricht. ● Danach: Tanzmusik. Fred Bird-Tanz-Orch.



Gewerkschaftliches.

Der Oberbürgermeister schlägt den Rekord.

Uns wird geschrieben:

Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs hatte zu Samstag, den 11. dieses Monats, zum erstenmal die gesamten Vertreter aus den vier Verbänden, die sich zur Einheitsorganisation im Gesamtverband zusammengefunden haben, zu einer Delegierten-Konferenz eingeladen.

In dieser Delegiertenkonferenz wurde zunächst der Ortsgruppenvorstand gewählt. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung

die Entlassung der Stammarbeiter in den Gemeinden und den städtischen Betrieben.

Von einer ganzen Reihe von Delegierten wird berichtet, z. B. aus Gladbeck, Herten und nicht zuletzt von Gelsenkirchen selbst, daß eine ganze Reihe von Stammarbeitern brotlos gemacht werden sollte.

Es kam in dieser Konferenz zum Ausdruck, daß der Städtetag einen Beschluß gefaßt habe, der dahingeht, die Stammarbeiter in den Städten und Gemeinden abzubauen und die Arbeiten entweder durch Fürsorgearbeiter, weil sie billiger sind, ausführen zu lassen, oder aber an Privatunternehmer abgegeben werden sollen. Ganz besonders kam in dieser Versammlung zum Ausdruck, daß dieses Vorgehen in krassestem Maße von der Verwaltung Gelsenkirchen durch den Oberbürgermeister durchgeführt wird.

Der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen hat, trotzdem die Stadtverordnetenversammlung am 9. dieses Monats einen Beschluß gefaßt hat, die Kündigungen der Stammarbeiter zurückzuziehen, erklärt, daß er diesen Beschluß nicht durchführen werde. Damit hat er zum Ausdruck gebracht, daß die Stadtverordneten beschließen können, was sie wollen, daß er, der Oberbürgermeister, doch diese Beschlüsse nicht respektiert.

Es wird ja nun Sache der einzelnen Parteien sein, sich an anderer Stelle mit dem Tun und Lassen des Oberbürgermeisters zu beschäftigen.

Die Versammelten waren über das Vorgehen des Stadtoberhauptes von Gelsenkirchen sehr entrüstet und verlangten von der Ortsverwaltung, alles zu tun, um den Kündigungen Einhalt zu gebieten. Folgende

Entschließung

wurde angenommen:

„Die am 11. Januar 1930 im Gewerkschaftshaus Gelsenkirchen tagende Generalversammlung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs nimmt nach den Ausführungen des Kollegen Perz Kenntnis von den Massenentlassungen der Stammarbeiter in den städtischen Betrieben von Herten, Gladbeck und Gelsenkirchen.

Die Versammelten erheben flammenden Protest gegen die durch nichts gerechtfertigten Entlassungen durch die angeführten Stadtverwaltungen. Insbesondere dagegen, daß der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Zimmermann, mit einer Handbewegung die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sabotiert und mißachtet.

Die Versammelten erwarten von den einzelnen Parteien, besonders von denjenigen, die die Interessen der Vertretung der Arbeiter sich als oberstes Ziel gesteckt haben, daß sie Mittel und Wege finden werden, dem Oberbürgermeister klarzumachen, daß er die Beschlüsse des Stadtparlaments durchzuführen hat.

Sollten sie dazu nicht in der Lage sein, dann wäre es besser, daß die Stadtverordneten von Gelsenkirchen zu Hause blieben und ließen den Oberbürgermeister seine Beschlüsse selber fassen.

Die Versammelten geloben, alles daranzusetzen, und mit den Gekündigten Schulter an Schulter für die Erhaltung ihrer Existenz zu kämpfen. Ferner den letzten Unorganisierten der städtischen Betriebe dem Gesamtverband zuzuführen."

Trotz Verhandlungen des Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats und des Bevollmächtigten des Gesamtverbandes mit dem Oberbürgermeister wird uns bekannt, daß weitere Massenentlassungen in Aussicht genommen sind, in einem Maße bis zu 80 Prozent der Belegschaft.

Wir fragen hiermit die Parteien, ob es nach diesen Massenentlassungen noch möglich ist, die Betriebe im Interesse der Allgemeinheit aufrechterhalten zu können.

Als Berufsreisender, der zumeist weite Fahrten unternimmt, habe ich vor allem das größte Interesse an der vom Gelsenkirchener Verkehrsverein vorgeschlagenen frühen Morgenverbindung nach Berlin. Sie ist dringend notwendig! Zwischen 22.55 Uhr und 10.38 Uhr, also innerhalb 12 Stunden, haben wir heute auf der Köln-Mindener Strecke keine direkte Schnellzugverbindung nach Berlin. Mit teuren FD-Zügen ist uns natürlich auch nicht gedient; was wir brauchen, sind D-Züge mit 3.-Klasse-Wagen.

Vielleicht wird der Gelsenkirchener Verkehrsverein in Kürze einmal über das berichten, was er bereits in Erfahrung bringen konnte.

F. A. L.

Deutscher Metallarbeiterverband, Gelsenkirchen.

Am Sonntag, dem 19. dieses Monats, finden in folgenden Bezirken Bezirksversammlungen statt:

Altstadt:
Lokal „Metallarbeiterheim", Arnoldstraße 18.

Neustadt-Rotthausen:
Lokal Bücher, Wichardstraße 81.

Uechendorf:
Lokal Serres, Bülowstraße.

Feldmark:
Gewerkschaftshaus, Ecke Essener und Overwegstraße.

Bulmke:
Lokal Kaiser, Heinrichsplatz.

Schalke:
Lokal Heimat, Gewerkenstraße.

Hüllen:
Lokal Elten, Wattenscheider Straße.

Bismarck:
Lokal Tendick, Bismarckstraße.

Hessler:
Lokal Hübner, Heßler Straße.

Die Versammlungen beginnen alle um 10 Uhr.

Jeder Kollege hat die Pflicht, in der Bezirksversammlung zu erscheinen, die ihm seitens der Ortsverwaltung durch Rundschreiben mitgeteilt worden ist. Mitgliedsbuch sowie Rundschreiben der Ortsverwaltung müssen mitgebracht werden.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Bezirksleitung.
2. Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.
3. Anträge zur Generalversammlung.

Die Ortsverwaltung.

Bezirksversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Wattenscheid.

Am Samstag, dem 18. dieses Monats, abends um 19 Uhr findet im Lokale Braukämper, Bödestraße, eine wichtige Bezirksversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Bezirksleitung.
2. Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.
3. Anträge zur Generalversammlung.
4. Verschiedenes.

Jeder Kollege hat die Pflicht, in dieser Bezirksversammlung zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch muß mitgebracht werden.

Verkehr.

Etwas Wissenswertes über die Benutzung von Sonntags- und Wanderkarten.

Der Westfälische Verkehrsverband E. V., Sitz Dortmund, teilt mit:

Bekanntlich berechtigen die am Tage vor einem Sonn- oder Festtag (die Festtage sind in den Fahrplänen näher bezeichnet) gelösten Sonntagsrückfahrkarten zur Fahrt schon an diesem Tage von 12 Uhr mittags ab. Die Karten sind gültig bis zu dem auf den Sonn- und Festtag bzw. die zusammenliegenden Festtage folgenden Werktag, und zwar bis 9 Uhr vormittags. Die am Tage vor einem Sonn- oder Festtag gelösten Sonntagskarten gelten allerdings nicht zur Rückfahrt an diesem Tage.

Verschiedene Reichsbahndirektionen haben nun in letzter Zeit einige Züge zur Benutzung mit Sonntagskarten freigegeben, die schon am Tage vor dem Sonn- oder Festtag zwischen 11 und 12 Uhr, also vor Mittag den Bahnhof verlassen. Diese Züge sind durch Aushang bekanntgegeben. Wo dieses nicht der Fall ist, wird Auskunft am Fahrkartenschalter erteilt. Soweit wir orientiert sind, besteht keine Aussicht, daß die Reichsbahndirektionen außer den bis jetzt vorgesehenen noch weitere vor 12 Uhr mittags abfahrende Züge zur Benutzung mit Sonntagskarten freigeben werden. Diesbezügliche Anträge sind daher von vornherein als aussichtslos anzusehen.

Eine Einrichtung, die in Ausflüglerkreisen noch nicht genügend bekannt sein dürfte und die es dennoch ermöglicht, einen anderen nicht freigegebenen Zug, der vor 12 Uhr mittags abfährt, zu benutzen, besteht darin, daß neben der auf den Ausgangsbahnhof zu lösenden Sonntagskarte noch eine Fahrkarte des gewöhnlichen Verkehrs bis zu der Station gelöst werden muß, die der Zug um oder nach 12 Uhr mittags verläßt. Von dieser Station gilt alsdann die Sonntagsrückfahrkarte.

Geschäftliche Mitteilung.

34.-260. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie, 4. Klasse.

In die Lotterie-Einnahmen von Gelsenkirchen-Buer fielen folgende Einsatzgewinne:

15 771 17 003 17 048 21 537 31 835 37 902 37 931 37 932 38 046 61 161 61 168 61 171 62 624 62 653 62 733 62 761 63 412 82 783 91 204 91 216 91 242 100 784 112 776 112 777 114 203 114 240 114 264 114 297 114 316 114 327 114 347 114 394 121 095 164 053 164 071 189 504 171 136 171 141 203 816 205 613 205 650 205 731 205 801 208 184 213 416 213 418 213 426 218 103 218 108 218 115 218 124 218 199 224 624 231 036 231 210 231 323 231 327 232 559 232 564 273 160 308 960 341 920 347 223 347 224 347 228 348 127 348 127 369 891 370 597 377 305 377 312 377 340 385 182 388 047 388 053.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Die Erneuerung der Lose zur 5. Klasse (Hauptziehung) beginnt am 20. Januar 1930.

GELSENKIRCHEN-BUER

Ortsgruppe Bulmke.

Samstag, den 18. dieses Monats, abends um 20 Uhr: Jahres-Generalversammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Vorstandswahl, Wahl der Delegierten, Verschiedenes. — Zahlreicher Besuch der Versammlung wird erwartet.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Martinsabteilung, Gelsenkirchen.

Donnerstag abend 8 Uhr: Probe in der Leissingschule.

Reichsbanner-Schutzsport

Schutzsport Horst-Emscher

Dortmund 1 gegen Horst 1 0:5.

Sonntag, den 12. dieses Monats, fuhr die Horster Handballmannschaft nach Dortmund, um dort gegen die äußerst spielstarken Dortmunder ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Horst zeigte dort, daß es im Handballspiel ein Wort mitreden kann und gewann mit dem äußerst hohen, aber verdienten Resultat von 5:0.

Das Spiel fängt äußerst schnell an. Dortmund spielt mit dem Wind und kann zuerst stark drängen. Der Horster Torwart fällt beim Fangen eines Balles so unglücklich auf das Schulterblatt, daß er wegen einer starken Sehnenzerrung für einige Zeit den Platz verlassen muß. Nach einer Viertelstunde kommt er wieder ins Tor, und nun kommt wieder Leben in die Horster Mannschaft. Wurf auf Wurf kommt auf das Dortmunder Tor, und endlich muß der gute Dortmunder Hüter sich zum ersten Male geschlagen bekennen. Nach Seitenwechsel ist Horst total überlegen und kann in kurzen Abständen noch vier Tore werfen. Horsts Mannschaft spielte besonders in der zweiten Halbzeit wie aus einem Guß. Der Sieg in dieser Höhe war verdient.

Vorher spielten die zweiten Mannschaften, und hier konnte Dortmund 2 die zweite Mannschaft von Horst mit 3:1 schlagen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler, für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille", Ludwig Perrey GmbH., Gelsenkirchen-Buer.

Unterhaltung und Wissen

Eine Dissertation aus dem Jahre 1700

Teufel, Kobolde und Bergmännlein

Das Gespensterrecht

Die Gespensterfurcht war in früheren Zeiten so allgemein verbreitet, daß es nicht verwundern kann, wenn sogar ernsthafte Menschen sich in einer urkomisch anmutenden Weitschweifigkeit mit Gespenstern beschäftigen zu müssen glaubten. Die sehr umfangreiche Dissertation „De jure spektrorum", die im Jahre 1700 in Halle erschien, ist eins der interessantesten Bücher über die Gespenster, nicht zuletzt deshalb, weil der Verfasser der berühmte Rechtslehrer Johann Samuel Stryck war. Man ist fast versucht, zu sagen: schade, daß die böse Aufklärung schnöderweise dieses ganze schöne und unendlich spaßhafte System über den Haufen geworfen hat; das amüsante „Gespensterrecht" wäre sonst unstreitig eine blühende Oase in der öden Wüste der anderen, doch zuweilen recht trockenen Spezialrechte geworden, Trost und Erholung für manchen Rechtsstudierenden.

* * *

Stryck stellte in der Einleitung seines tiefgründigen Werkes seinem geehrten Leserkreise erst einmal die verschiedenen Arten der Gespenster vor: Teufel, Kobolde, Bergmännlein, Feldgeister usw. Dann beginnt in vorbildlicher systematischer Ordnung die Aufzählung und Besprechung der durch die Gespenster entstehenden Rechtsfälle. Einige von ihnen sind besonders lehrreich, zum Beispiel die Frage, ob der Ehemann Scheidung der Ehe verlangen könne, wenn seine bessere Hälfte zu den bedauerlichen Wesen gehört, die besonders von den Gespenstern gepeinigt wurden. Stryck verneint das; ein Verlöbnis könne freilich deshalb aufgelöst werden, eine Ehe dagegen nicht. Der Ehemann müsse also geduldig den Spuk zusammen mit seinem angetrauten „Eheglück" ertragen. Rücksichtsloser ist Stryck jedoch gegen die Hauswirte, die ihr Haus, in dem Geister ihr Unwesen treiben, an irgendeinen Ahnungslosen verkauften. Da das Haus durch die Gespenster völlig wertlos geworden sei, könne der unglückliche Käufer Klage erheben und Rückerstattung des Kaufpreises sowie Zahlung einer angemessenen Entschädigung für den ausgestandenen Schrecken verlangen. Kann aber schon ein Kaufvertrag angefochten werden, so natürlich erst recht ein einfacher Mietkontrakt. In beiden Fällen muß freilich der Kläger den Beweis erbringen, daß nicht er selbst die Gespenster in das Haus gezogen hätte, sondern daß diese schon vor seinem Einzug darin gewesen seien. Könne der Käufer oder Mieter diesen Nachweis nicht erbringen, so stände es dem Verkäufer oder Hauseigentümer zu, die Injurienklage zu erheben. Einschränkend meint jedoch Stryck in ermunterndem Tone, daß man nicht bei dem kleinsten, harmlosesten Spuk gleich klagen solle. Wenn die Sache nicht übermäßig gefährlich aussehe, irgendwelche Gespensterlein mit ganz und gar sekundärer Bedeutung irgendwo in einem ganz entfernten Winkel des Hauses ein wenig herumrumoren, so solle man nur ruhig wohnen bleiben.

Ferner verlangte Stryck ganz kategorisch, daß den Delinquenten, die anzuführen vermögen, daß sie vom Teufel oder anderen „höhersitmierten" Geistern zu ihrer Tat unter Drohungen gebracht wären, unbedingt mildernde Umstände in weitestgehendem Maße zuzubilligen wären. Es ist anzunehmen, daß mancher diese prachtvolle Eselsbrücke gebraucht hat, und ewig schade, daß das heute nicht mehr gelten soll: es wäre doch eine wunderschöne Ausrede für „die armen, geplagten Kriminellen" der Neuzeit.

* * *

Stryck erging es mit seiner tiefschürfenden Dissertation, wie es noch heute in der wissenschaftlichen Welt mit so vielen Werken erlauchter Geister geht. Ein anderer Rechtsgelehrter kam, Karl Friedrich Romanus, der 1703 das unwiderstehliche Bedürfnis in sich fühlte, die Welt mit einem noch spitzfindigeren und gefahrteren Machwerk zu beglücken. An seinem „Schediazma polemicum expendens quaestionem an dentur spectra, magi et sagae" ist nicht nur der Titel außerordentlich schön, sondern auch die Zusammenstellung ungezählter Zitate, durch die bewiesen werden sollte, daß die Geisterfurcht derart groß wäre, daß auch der harmloseste Gespensterspuk den Käufer oder Mieter eines Hauses unbedingt berechtige, den Kauf- oder Mietvertrag ohne weiteres zu lösen.

Ja, wie gesagt, wenn die böse Aufklärung nicht gekommen wäre, welche wundervollen Perspektiven eröffneten sich uns heute?

Rolf C. Reiner.

Im Schatten des Vulkans Bromo

Das javanische Davos

Ungemein reizvoll ist die Alpenwelt des javanischen Ostens, wo gewaltige Berge in die Höhe ragen, schmale Stege über tiefe Schluchten führen und die üppige Vegetation doch fast bis ins Hochgebirge hinein ihren tropischen Charakter beibehält. Dort liegt Tosari, das javanische Davos, in 1800 Meter Höhe mit einer Temperatur, die das ganze Jahr hindurch etwa dem nordeuropäischen Juni gleicht. Auf einer Hochebene wurde dieses Hoteldorf errichtet, dessen Wände steil in Täler von vielen hunderten Metern Tiefe abfallen, und wo das Auge eine weite Fernsicht genießt. Während aus den Tiefen die Palmenwälder grüßen, beginnt hier die Zone der Tannen, durch die ein frischer Bergwind hindurchstreift. Keine wilden Tiere der tropischen Urwälder tummeln sich hier und gefährden den Wanderer. Geranien, Fuchsien und Orchideen wachsen wild in wunderbarer Blütenpracht und bilden das malerische Unterholz.

Es ist wie ein Stück Südeuropa am Rande der Tropen. Die fruchtbaren Senkungen der Berge sind hier in der Höhe mit Kartoffeln, Blumenkohl und anderem Nutzgemüse bebaut, um den Menschen, die hier von den fieberheißen Küstenstädten im javanischen Unterland Erholung und Kräftigung suchen, schmackhafte europäische Kost zu bieten. Steigt man nur noch ein wenig höher, so sieht man den Silberstreifen der javanischen Nordküste und die stets belebte Wasserstraße, die Java von seiner kleineren Schwesterinsel trennt. Tosari liegt von dieser Wasserstraße etwa 75 Kilometer entfernt. Nach Westen sieht man den gewaltigen Gipfel des Ardjoeno aufsteigen, dessen vulkanischer Charakter deutlich erkennbar ist.

Eine Automobilstraße ist nach Tosari hinauf gebaut worden, die bei Pasoeroean von dem Hauptstraßennetz Ostjavas abzweigt. Das Auto spielt in tropischen Ländern überhaupt eine größere Rolle als in Europa. Eisenbahnen sind selten und können schon aus Rentabilitätsgründen nicht überallhin gelegt werden. Die Autobusse sind durchweg überfüllt. Die Autolinie Pasoeroean—Tosari führt durch eine der herrlichsten Landschaften des Erdballs. In ungezählten Kurven steigt die Straße allmählich an. Erst umsäumt sie noch der urgewaltige Pflanzenwuchs einer jungfräulich-großartigen Natur, bis inmitten brausender Wildbäche die tropische Vegetation allmählich spärlicher wird und die farbenprächtigen Schmetterlinge des Tropenwaldes weit weit hinter dem Auto zurückbleiben. An dem immer noch tätigen Vulkan Bromo, aus dessen Krater von Zeit zu Zeit Schwefeldämpfe aufsteigen, geht es vorbei. Wie eine Miniaturwüste liegt dann plötzlich seitlich des Autos einer jener Sandseen, die sich in der Nähe großer Vulkane befinden. Der Semeroe, Javas höchster Vulkan, der mehr als 3600 Meter hoch ist, erscheint in der Ferne am Horizont.

Nicht immer ist es in Tosari friedlich. Im Dezember 1928 bestand große Gefahr für den Ort, als der nahe Vulkan Bromo plötzlich in Feuersäulen von 50 Meter Höhe ausbrach, denen stundenlanger Aschenregen folgte. Damals wurde die Sonne durch die Eruptionen des Bergriesen verfinstert, und in dem nahen Orte Malang waren Straßen, Gärten und Anlagen mit einer dichten Aschenschicht bedeckt.

Die Reize von Tosari sind weit über Java hinaus bekannt. Von dem fernen Singapore und dem ferneren Australien kommen bereits die Touristen hierher, um diese wunderbare Stätte zu besuchen.

Otto Burgemeister.

Indianisches Mutterrecht

Bei den Indianern in den südamerikanischen Staaten Bolivien und Peru, im Quellengebiete des Amazonas sind noch deutliche Spuren und Ueberreste des Mutterrechtes anzutreffen. In stolzer Haltung und reich geschmückt schreitet dort die Indianerin vor ihrem lastentragenden Gatten einher, der ihr mit großer Zärtlichkeit und Achtung zugetan ist. Auch gegenüber den Kindern hat die Frau eine beherrschende Stellung. Außerdem besteht dort noch die Sitte eines ehelichen Probejahres, die so unausrottbar ist daß selbst die katholische Kirche die aus Probeehen geborenen Kinder als legitim anerkennen muß. Bei allen diesen „freien" Sitten herrschen unter diesen Indianerstämmen eine Keuschheit und eine Schamhaftigkeit, die sich vorteilhaft von vielen in „Monogamie" lebenden weißen und Mischvölkern abheben.

Weibliche Aerzte in Japan

Rund 1500 weibliche Aerzte gibt es heute in Japan. Nachdem bereits 1885 eine Aerztin dort ihre Praxis aufgenommen hatte beendete 1892 eine zweite Japanerin ihre medizinischen Studien. Sie hatte sehr schwer unter der Bekämpfung des Frauenstudiums durch die Männer zu leiden und gründete deshalb selbst eine medizinische Schule und nach und nach vier Krankenhäuser mit mehreren hundert Betten für Lehrzwecke, um den Medizinerinnen ihres Landes die Möglichkeit zum abgeschlossenen Studium zu geben. 1909 promovierten die ersten Medizinerinnen unter Schwierigkeiten. Bis heute jedoch sind schon 1247 Aerztinnen aus dieser Schule hervorgegangen, die auch im Dienste der Regierung und im Auslande praktizieren. — In Deutschland beträgt die Zahl der Aerztinnen gegenwärtig 2334. Davon sind 423 Fachärztinnen, hauptsächlich für Frauenleiden, und 538 Assistenzärztinnen.

Der Tod in der Wüste

Von Ph. Macdonald

Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachf.

„Stinkender Materialist!" Brown schüttelte seine breiten Schultern. „Aber ich glaube, recht hast du." Er deutete in die Marschrichtung. „Du kannst diese Eingeweide immerhin bald mit Wasser füllen!"

Stimmt." Morelli nickte, denn vor ihnen am Ende einer bis zu drei Vierteln ihrer Länge fast unmerklich ansteigenden Höhe stand die Palmengruppe. In ihrer Schwärze sah sie gegen den schimmernden Sand wie eine Theaterdekoration aus, und zwar, dachte Brown, wie eine recht schlechte. Niemals würde ein solches Bild einem geglaubt werden . . .

„Ich denke daran", sagte MacKay, „daß es so etwas wie eine göttliche Vorsehung gibt."

„Mhm", war Cooks feierliche Entgegnung.

„Wie weit, was meinst du, sind sie noch weg? All das Kroppzeug hier denkt, wir kommen gleich hin; aber sie irren sich, wie immer. Es sind immer noch drei bis vier Meilen."

„Mhm", antwortete Cook.

Der alte Soldat hatte recht. In jeder Minute glaubte man die Bäume erreichen zu können, und sehnte das kühle Wasser herbei; in der nächsten Minute schien die Entfernung unvermindert die gleiche zu sein.

Aber endlich kamen sie doch an. Der Sergeant ließ in etwa einer halben Meile Distanz von der Baumgruppe halten und schickte den Unteroffizier mit Hale und MacKay zur Rekognoszierung vor.

Nach einer Viertelstunde kamen sie zurück.

Bell lächelte. „Glänzend. Masse Bäume, eine Quelle . . prachtvoll. Viel Datteln und — merkwürdigerweise — eine leere Lehmhütte."

Der Sergeant hob die Augenbrauen. „Eine Hütte? Irgendwelche Spuren, daß sie bewohnt war?"

„Nicht die geringsten."

„Wie alt ist sie denn?"

Bell kratzte sich am Kinn. „Ja—a, schwer zu sagen. Immerhin ein paar Jahre, sollt' ich meinen. Da und dort bröckelt sie schon ab."

„Hm", sagte der Sergeant und kommandierte mit lauterer Stimme: „Aufgesessen!" So ritten sie an und kamen zu einem paradiesischen Fleckchen. Bäume waren da, richtige Bäume, die auf den Boden unter ihnen ein feines Netzwerk aus Schwarz und Weiß ausbreiteten, kühler Schatten und kühleres Mondlicht. Hier, in der Mitte einer von Palmen schildwachgleich umstandenen Lichtung, sprudelte aus einer Quelle Wasser, Wasser ohne Ende, im Ueberfluß, immer mehr Wasser. Hier herrschte in der Nacht eine friedliche Ruhe, die tröstlichen Schutz für den Tag versprach; hier war Ueberfluß mitten in der Dürre.

„Ab—gesessen!" befahl der Sergeant. „Pferde von der Quelle weg!"

Die Leute hatten Mühe, dem zweiten Befehl zu gehorchen; denn die Gäule waren unruhig, da sie das Wasser rochen.

Pearsons nervöse Stute trat mit schwerem Huf auf den Fuß ihres Reiters, der aufbrüllte, den Zügel verlor und sich schwer in den Sand setzte. Die Stute wollte sofort zur Quelle springen, prallte auf Abelson, der mit seinem mageren Grauschimmel und dem Charger genug zu tun hatte, und rannte Morelli über den Haufen, der aber sein Pferd nicht losließ. Endlich kam sie von den übrigen los.

Der Sergeant sprang vor sie, bekam die hängenden Zügel nah am Gebiß zu fassen und klopfte ihr beruhigend den Hals, während Pearson von Bell auf die Beine gebracht wurde. „Scheren Sie sich hin zu Ihrem Vieh", sagte der Unteroffizier, „und halten Sie es gefälligst fest. In drei Deibels Namen, wachen Sie auf, Kerl!"

Schließlich wurde Ordnung. Alle hatten die Fouragierleinen abgenommen, die an Pflöcken festgemacht wurden. Die abgesattelten und abgezäumten Pferde standen, mit den Kopfriemen angebunden und gefesselt, davor, während sie von den Männern unter Flüchen trockengerieben wurden. MacKay und Cook füllten auf den Befehl des Sergeanten Leinwandeimer in der Quelle und ließen jedes Pferd anderthalb Eimer saufen. Der Patrouillenführer war unsichtbar.

Er war in der Hütte, die im Dunkel zwischen den Bäumen versteckt auf der den Pferden abgewendeten Seite der Lichtung lag; sie war etwa vier Meter lang und drei Meter breit. Ihr Dach war wie ihre Wände aus sonnengetrocknetem Schmutz und ruhte auf einem von Stöcken getragenen Strohgeflecht. Außer einem Loch im Dach und je einem in jeder Wand war die Hütte intakt; bei näherer Untersuchung stellten sich indessen die Wandlöcher als primitive Fenster heraus. Der Sergeant rieb sich einen Augenblick nachdenklich das Kinn; dann drehte er sich um und ging quer über die Lichtung zu den Mannschaften und Pferden.

„Alles getränkt, Herr Sergeant", meldete Bell, „und alles trockengerieben. Soll gefüttert werden?"

Der Sergeant nickte. „Ja, ein Drittel des Reservefutterbeutels — jetzt gleich. Nachher können die Leute abtreten."

„Zu Befehl." Bell wollte gehen.

„Und — Bell!" rief der Sergeant.

„Jawohl?"

„Sagen Sie ihnen, daß sie in dem Palast da schlafen können." Er deutete mit dem Kopfe zur Hütte. „Alle außer dem Posten." Dann klappte er den Deckel seiner Armbanduhr auf und sah nach der Zeit. „Beinahe zehn. Wecken um fünf; das sind sieben Stunden — beinahe sieben und eine halbe. Drei Mann auf Wache; Ablösung alle zweieinhalb Stunden."

„Wer?" fragte Bell.

„Möchte keinen bestimmen", antwortete der Sergeant. „Lassen Sie die Leute antreten und abzählen; Nummer zwei, fünf und acht wird genommen."

„Befehl." Bell wandte sich um, und als der Sergeant gleichfalls kehrt machte, hörte er das Kommando:

„Alles liegen lassen! Angetreten!"

Nummer zwei, fünf und acht waren Abelson, Cook und Pearson.

„Weggetreten!"

Die Leute liefen alle zur Quelle, wo sie der Sergeant erwartete.

„Ruhig", sagte er, „immer ruhig! Haltung!"

Einige bewahrten sie, andere nicht. Keiner von ihnen war übrigens vor Wassermangel wirklich toll, so daß selbst die Gierigsten nicht zu kurz kamen.

Dann lagen sie gesättigt herum, rauchten und aßen soviel Datteln, wie sie von den hohen Zweigen mit Stricken herunterholen konnten, an denen als Gewichte Kochgeschirre oder Steigbügel hingen. Keiner der Leute rührte das Hartbrot an oder öffnete eine Konservenbüchse.

Der Sergeant saß, den Rücken gegen eine Palme gelehnt allein. Als er seine kurze Pfeife zu Ende geraucht und die Asche am Stiefelhacken ausgeklopft hatte, stand er auf.

„Genug jetzt. Alles zur Ruhe in die Hütte! Bell!" Der Unteroffizier kam.

„Sind die Posten bestimmt?"

„Jawohl — Reihenfolge Abelson, Cook, Pearson."

„Gut. Gehen Sie jetzt auch schlafen." Der Sergeant wandte sich zu den Pferden. Abelson als erste Wache war schon bei ihnen. Auf der anderen Seite der Lichtung trieb Bell wie ein Schäferhund seine Herde in die Hürde. Ueber dem Arm trug jeder die beiden Woilachs, welche gefaltet unter allen Kavalleriesätteln liegen, und unter dem Arm den Säbel.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und Gewerkschaft

Das Textilgeschäft

Rohstoffe gefallen – Engrospreise geblieben – und die Konsumenten?

Unsere lieben Unternehmer jammern über Kapitalnot, Ueberfremdung, hohe Steuern und das teure Leben — leider reden sie zu wenig von den Preisen, die sie machen. Sie sind daher sicher nicht völlig frei, gerade in der Textilindustrie spielen die Kosten des Rohmaterials für die fertige Ware eine große Rolle. Untersuchen wir diese Tatbestände einmal etwas genauer.

Die Baumwolle ist im Jahre 1929 in Bremen von 22,17 auf 19,19 Dollarcents (Ende Nov.) für das englische Pfund gefallen; die Neuyorker Notierung fiel von 21,17 auf 17,52 Dollarcents. In Stuttgart (Börse) kostete Baumwollgarn (Nr. 36 englisch Trossel in Mark pro Kilogramm) Anfang 1929 rund 3,52, Ende Dezember 3,36. Baumwollgewebe (88 Zentimeter Cretonnes in Pfennig pro Meter) kostete damals 53,6, Ende Dezember dagegen 51,7.

Die Londoner Wollnotierungen ergaben für die gleiche Zeit (in Pence per engl. Pfund) eine Senkung von 45 auf 31 für australische gute Mittelvließe und von 36 auf 25 für Kammwolle, gute Kreuzzuchtvließe.

Diese Standard-Rohstoffe sind also sämtlich im Preise gesunken.

Betrachten wir nun die Engrospreise, wie sie von der Textilfachpresse veröffentlicht wurden:

	Ende 1928	Ende 1929	
Meterware (per Meter)			
Hemdentuch, 80 cm breit, 16/16, 20/20	0,60—0,70	0,60—0,70	M.
Rohnessel, 86 cm breit, 16/16	0,50	0,48—0,50	M.
Couvertüre, 19/21	0,60	0,58	M.
Damast, 130 cm breit	1,75—2,10	1,60—2,00	M.
Waterschürzenstoff, 120 cm breit (schlesische Ware)	0,89—1,10	0,91—1,12	M.
Züchen, 80 cm breit	0,56—0,78	0,55—0,78	M.
Inlett, 80 cm breit, federdicht	1,70	1,20—1,50	M.
Inlett, 130 cm breit	+ 66 %	+ 66 %	
Perkal, 80 cm breit	0,54—1,05	0,54—0,80	M.
Zephir, 80 cm breit	0,85—1,20	0,85—1,20	M.
Cheviot, reine Wolle, 90 cm br.	1,70	1,65	M.
Cheviot, reine Wolle, 130 cm br.	2,20	2,20	M.
Gabardine, reine Wolle, 130 cm breit	3,50—4,50	3,50—4,50	M.
Popeline, r. Wolle, 105 cm br.	2,10 an	2,00	M. an
Schweiz. Vollvoile, 110 cm br.	1,40	1,22	M.
Musselin, Baumw., 80 cm br.	0,60—0,90	0,52—0,80	M.
Musselin, r. Wolle, 80 cm br.	1,90—2,30	1,65—2,30	M.
Pilot, gestreift, 68/70	St. 1,50—2,40	St. 1,50—2,40	M.
Gennacord, 68/70	St. 1,50—2,40	St. 1,50—2,40	M.
Biberbettuch, 140/190 cm breit, Abfallbaumwolle	2,40	2,40	M.
Fanch-Bettuch, 140/200, aus weißer Baumwolle	3,10—4,50	2,80	M.
Jacquarddecke, 140/190, aus weißer Baumwolle	5,00—5,75	5,25—6,50	M.
Schlafdecke, 140/190, baumwollene Jaspé	1,65—2,35	1,45—1,90	M.
Wäsche (per Dutzend)			
Damenhemd aus Renforcé mit Barmer Languette	St. 0,85	St. 0,85	M.
Damenhemd aus Renforcé mit Stickerei-Einf. u. -Anf.	St. 1,25	St. 1,35	M.
Oberhemd f. Herren aus Perk. mit zwei Kragen	St. 3,25	St. 3,50	M.
Oberhemd aus Zephir mit zwei Kragen	St. 4,90	St. 5,10	M.
Kläppchenkragen, 5 cm breit	5,40	4,80	M.
Stehumlegekragen, 5 cm breit	5,50	4,90	M.
Damenkonfektion (per Stück)			
Kleid aus baumw. Musselin mit kurzem Arm	2,10—2,25	2,25—2,50	M.
Kleid aus wollenem Musselin, mit kurzem Arm	5,75—6,50	6,00—6,75	M.
Kleiderrock, glatt aus Cheviot, reine Wolle	3,50—4,50	2,50—2,75	M.
Alpaka-Mantel, schwarz, 125/130 cm lang	12,50	12,75	M.
Tuchmantel, 125/130 cm lang, reine Wolle	14,75	16,75	M.
Gummitinmantel, 125/130 cm lang, reine Wolle	16,50	19,00	M.
Herrenkonfektion (per Stück)			
Knabenwaschbluse aus gestreiftem Zephir, Gr. 0	2,15	1,35	M.
Knabenwaschbluse, off. Schlupfbluse, aus hellgestreiftem Cretonne, Gr. 0	3,25	3,15	M.
Knabenschulanzug aus Forster Stoffen, Gr. 1/6	4,25	5,50	M.
Konfirmandenanzug, einreihig, a. gut. Cheviot, Gr. 10/12	17,00 an	18,00	M. an
Herrenanzug aus reinwollenen Phantasiestoffen	40,00 an	45,00	M. an
Herrenanzug a. Forst. Stoff.	22,50 an	24,00	M. an
Herrenschlüpfer aus Forster Homespun	26,50 an	28,75	M. an
Herren-Gummimantel aus Köperstoff	11,00	9,00	M.
Arbeiterhose aus Pilot	4,20	3,70	M.
Arbeiterhose aus Manchester	5,75	5,75	M.

Mit Erstaunen sieht man, daß die Engrospreise kaum von der Preissenkung der Rohstoffe etwas sichtbar werden lassen. Wohin sind nun die Gewinne aus den billiger gewordenen Rohstoffen geflossen? Sind sie durch falsche Einkaufskalkulationen nicht eingetreten oder hat sie das Bankkapital mit dem Finanzierungskredit gefressen? Sind sie wegen der Kartellbestimmungen und sonstigen tausend Konditionen in den Betriebseinnahmen verschwunden oder sollen sie etwa die Textilarbeiter bekommen haben? — das wäre ein Gaudyvogen, denen die Textilarbeiter sicher etwas gemerkt hätten. Sie berichten statt dessen mehr von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.

Die Textilindustrie ist eine Verbrauchsgüterindustrie, die Voraussetzung ihrer Konjunktur sind Preise, die der Kaufkraft der breiten Massen angepaßt werden. Deswegen haben alle Textilfabrikanten jetzt die große Aufgabe, nachzusuchen, wo die Vorteile ihres billiger gewordenen Rohstoffeinkaufes geblieben sind. Dabei können sie gleich die Gewinne aus den Rationalisierungen mitsuchen — auch sie müssen irgendwo stecken. Am besten wäre es, wenn die Arbeiter gleich mitsuchen könnten, mancher Unternehmer ist manchmal kurzsichtig. Auch der Einzelhandel könnte sich ein Verdienst erwerben, wenn er mitfahnden wollte. Vielleicht werden dabei auch die Konsumentenpreise etwas sinken, zum Wohle der Textilindustrie.

Kurt Heinig.

Lohnsteuererstattung 1929

Wer ist erstattungsberechtigt?

Bei der Lohnsteuer werden im Gegensatz zur veranlagten Einkommensteuer die besonderen Verhältnisse des einzelnen nicht berücksichtigt. Um diesen Mangel, der in der besonderen Technik des Lohnsteuerabzuges begründet ist, wenigstens zum Teil auszugleichen, besteht die Möglichkeit für eine nachträgliche Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit in den Erstattungen der im Vorjahr entrichteten Lohnsteuer. Diese Verminderung der im Vorjahr getragenen Steuerlast ist hauptsächlich für die Fälle vorgesehen, in denen der Lohnsteuerpflichtige durch Verdienstausfall nicht in den vollen Genuß der steuerfreien Beträge gekommen ist. Wenn ein Arbeitnehmer z. B. wegen Arbeitslosigkeit während einer bestimmten Zeit des Jahres keinen Lohn bezogen und keine Steuer entrichtet hat, so konnten ihm auch für diese Zeit nicht der steuerfreie Lohnbetrag und die festen Familienermäßigungen angerechnet werden. In diesen Fällen erfolgt die Berücksichtigung der steuerfreien Beträge nachträglich auf dem Wege der Erstattungen.

Das Recht auf Erstattung ist in den letzten Jahren immer mehr in Anspruch genommen worden. Die große Erwerbslosigkeit in den vergangenen Jahren hat nicht nur den Kreis der Erstattungsberechtigten ständig erweitert, sondern auch die Kenntnis von der Möglichkeit der Erstattungen hat sich immer mehr verbreitet. So erklärt es sich, daß die ausgezahlten Erstattungen von Jahr zu Jahr größer wurden. Während im Jahre 1926 = 45,6 Millionen Mark erstattet wurden, belief sich dieser Betrag im Jahre 1928 auf rund 67 Millionen. Insgesamt sind in den letzten vier Jahren rund 250 Millionen Mark an gezahlter Lohnsteuer zurückerstattet worden.

Diese Summe zeigt die große Bedeutung, die die Erstattungen für die Lohnsteuerpflichtigen gewonnen haben. An dieser Bedeutung haben die Erstattungen für das Jahr 1929 nichts verloren. Die wachsende Erwerbslosigkeit im vergangenen Jahre hat das Heer der Erstattungsberechtigten stark vermehrt. Es ist zu wünschen, daß jeder Berechtigte seinen Anspruch auch tatsächlich erhebt und damit in den Genuß der oftmals nicht unwesentlichen Beträge kommt. Im folgenden sei darum auf die Bestimmungen hingewiesen, die von den Erstattungsberechtigten bei ihren Anträgen beachtet werden müssen.

Wer ist erstattungsberechtigt?

Wer im Jahre 1929 einen Verdienstausfall gehabt hat, z. B. wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik und Kurzarbeit und dadurch nicht in den Genuß der tatsächlichen Freibeträge gekommen ist;

wer durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse in seiner Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt worden ist, z. B. durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder oder mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen für seine berufliche Fortbildung;

wer Lohnsteuer bezahlt hat, obwohl der Arbeitslohn nicht höher war als die gesetzlichen Freibeträge;

wer die Steuer auf Grund unrichtiger Berechnung gezahlt hat, bei dem z. B. statt der festen nur die prozentualen Familienermäßigungen freigelassen worden sind. Dieser Grund wird jedoch nicht berücksichtigt, wenn der unrichtige Abzug von dem Steuerpflichtigen selbst verschuldet worden ist.

Wieviel wird erstattet?

Jahresbeträge unter 4 Mark werden nicht erstattet;

niemals mehr als im Kalenderjahr 1929 an Lohnsteuer gezahlt worden ist;

bei Verdienstausfall für jede volle Woche (sechs Wochentage zu je 8 Stunden = 1 Woche) folgende nach dem Familienstand abgestufte Pauschbeträge:

ledig	1.80 Mark
verheiratet ohne Kinder	2.— Mark
verheiratet 1 Kind	2.20 Mark
verheiratet 2 Kinder	2.60 Mark
verheiratet 3 Kinder	3.55 Mark
verheiratet 4 Kinder	5.— Mark
verheiratet 5 Kinder	6.95 Mark
verheiratet 6 Kinder	8.85 Mark
verheiratet 7 Kinder	10.75 Mark
verheiratet 8 Kinder	12.70 Mark
verheiratet 9 Kinder	14.60 Mark

bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen ein Betrag, der vom Finanzamt nach pflichtgemäßem Ermessen festgesetzt wird;

bei einem Jahreseinkommen, das die Freigrenze nicht überschritten hat, der volle gezahlte Lohnsteuerbetrag;

bei Kurzarbeitern und sogenannten unständigen Arbeitern der Unterschiedsbetrag zwischen der einbehaltenen Steuer und der sich nach Absetzung der Freigrenze und Familienermäßigungen ergebenden Steuer.

Wann, wo und wie müssen die Anträge gestellt werden?

Die Anträge müssen in der Zeit vom 1. Januar 1930 bis zum 31. März 1930 gestellt werden. Anträge, die später einlaufen, werden nicht berücksichtigt.

Die Anträge sind dem Finanzamt einzureichen, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1929 seinen Wohnsitz gehabt hat.

Die Anträge wegen Verdienstausfall müssen durch Einreichung eines vorgedruckten Formulars, das auf den Finanzämtern kostenlos erhältlich ist, gestellt werden. Bei Anträgen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse muß eine eingehende Darlegung dieser Verhältnisse, sowie die Höhe der besonderen Aufwendungen angegeben werden.

Welche Unterlagen müssen dem Antrag beigefügt werden?

Die Steuerkarte 1929. Wenn Steuermarken verwendet worden sind, sind die beklebten und entwerteten Einlagebogen oder die Bescheinigung des Finanzamts über die bereits erfolgte Ablieferung dem Antrag beizufügen.

Bescheinigungen der Arbeitgeber über die Höhe des Lohnes, der einbehaltenen Lohnsteuer, die Dauer der Krankheit usw.

Bescheinigung der Krankenkasse, wenn der Verdienstausfall wegen Krankheit erfolgte, Beilegung der Erwerbslosenkontrollkarte oder Bescheinigung des Berufsverbandes, wenn der Verdienstausfall wegen Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik eintrat.

Zinssatz herunter?

Berlin, 12. Jan. (Eig. Drahtber.) Der Zentralausschuß der Reichsbank ist auf Montag vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung einberufen. Nach Lage der Dinge kann damit gerechnet werden, daß er eine Ermäßigung des Reichsbankdiskonts beabsichtigt, die wahrscheinlich in einem Ausmaße von ½ Prozent, also von 7 Prozent auf 6½ Prozent vorgenommen worden ist.

Dortmunder Stiftsbrauerei:

In der Generalversammlung waren 2,015 Millionen Mark Aktienkapital vertreten. Das Gewinnergebnis ist dem des Vorjahres gleich. Der Rohgewinn beträgt 476 000, der Reingewinn 208 000 Mark. Es wurden 8 Prozent Dividende verteilt, 161 000 Mk., 30 000 Mk. gesetzliche Rücklage und 17 000 Mk. neu vorgetragen.

Die französische Stahlproduktion

wird 1930 voraussichtlich mengenmäßig zurückgehen, da das Stahlkartell eine Verringerung der Produktion um 10 Prozent gefordert hat. Die Stahl- und Eisenproduktion Frankreichs betrug 1929 etwas mehr als 1928 und dieselbe Steigerung ungefähr ist von 1928 gegenüber 1927 gemeldet worden.

Gelsenkirchen-Buer

übernimmt RWE-Aktien und zwar 278 000 Mk. neue Inhaber-Aktien zum Kurs von 180 Prozent, 28 000 neue Namensaktien zum gleichen Kurs.

Zahlungseinstellungen

Die Karlsruher Maschinenbaugesellschaft stellt nach hundertjährigem Bestehen mit dem 12. 1. ihre Zahlungen ein, und es wird ein außergerichtlicher Vergleich mit den Gläubigern angestrebt.

Die Eisen- und Stahlwarenindustrie

legt für Jahresschluß 1929 einen pessimistisch gehaltenen Jahresbericht vor. Besonders wird im Rennsteiger Bezirk in der Werkzeugindustrie über mangelnden Inlandabsatz geklagt.

Kohlenbergbau

Die deutsche Kohlenausfuhr nach Finnland

stieg von 28 auf 29 um etwa 50 Prozent, während im gleichen Jahr der Kohlenexport Polens nach Finnland beträchtlich zurückging.

Kohleneinigung zwischen Polen und England.

In London wurde ein Abkommen über den Transport von Kohlen nach den nordischen Ländern beschlossen, wonach eine Preisunterbietung in beiden Ländern unterbleiben soll. Eine eigentliche Preis- und Marktregelung ist nicht zustande gekommen. (Zum ersten Male ist jetzt die englische Kohlenindustrie an einem internationalen Abkommen beteiligt.)

Hoesch-Werk Dortmund. Es wird gemeldet, daß Anfangs dieser Woche die Verhandlungen beginnen um einen endgültigen Beitritt des Hoesch-Werkes zum Hütten-Zementwerk. Es wird eine Einigung bis zum 20. Januar erhofft.

Abteilung Hüttenbau der Firma Gröppel in Bochum wird von der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. übernommen.

Die Dresdener Bank legt einen optimistisch gehaltenen Monatsbericht zur Wirtschaftslage vor. Der Geldmarkt befindet sich in einer durchgreifenden Entspannung. Die Lage an der Börse bessere sich dagegen nur sehr langsam.

Westfälische Kleinbahnen A.-G., Letmathe. Das Unternehmen gehört bekanntlich dem Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk. Es beabsichtigt, sein Grundkapital um 600 000 Mark auf 2,6 Millionen Mark zu erhöhen.

Siegburger Walzwerk, A.-G., Siegburg. — Verlust übersteigt die Hälfte des Aktienkapitals. Das zum Interessenkreis des Röchlingkonzerns gehörende Unternehmen erzielte 1928 Ueberschüsse von nur 74 300 (604 824) RM. Nach Verrechnung der Unkosten von 415 939 (424 071) RM. und der Abschreibungen von 220 740 (254 625) RM. ergibt sich ein neuer Verlust von 562 379 RM., um den sich der aus dem Vorjahre übernommene Verlust von 219 994 RM. auf insgesamt 782 373 RM. erhöht. Damit ist die Hälfte des 1,5 Mill. RM. betragenden Aktienkapitals überstiegen.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband

ersucht die Reichsregierung um Unterstützungsmittel für die durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Sturmflut an der Wasserkante

Hamburg, 14. Januar. (Drahtmeldung.) Das Hochwasser erreichte im Hamburger Hafen gestern nachmittag mit einem Pegelstand von 7,56 Metern seinen Höhepunkt. Die niedrig gelegenen Straßen am Hafen wurden überflutet und unzählige Keller liefen voll Wasser. In den Abendstunden flaute der Sturm erheblich ab und das Wasser flutete schnell zurück, so daß die Straßen wieder frei wurden.

In der Elbemündung hat das plötzlich und mit aller Kraft einsetzende Unwetter u. a. einen Bruch der Ankerkette des Feuerschiffes „Elbe I" verursacht, das abgetrieben wurde. Gegenwärtig ist man noch damit beschäftigt, das Schiff wieder an seinen alten Liegeplatz zu bringen. Auf der Elbe sind durch Wind und Seegang und vor allem durch den hohen Wasserstand fast sämtliche Leuchtbojen bis nach Cuxhaven abgetrieben, eine Erscheinung, die in den letzten Jahrzehnten überhaupt nicht vorgekommen und die für die Schwere des Unwetters kennzeichnend ist. Im ganzen sind 10 Leuchtbojen abgetrieben.

Wie von behördlicher Seite betont wird, geht der Verkehr auf der Elbe ungestört weiter. Bei Leuchttonne B querab von Brunsbüttel ist ein Dampfer gesunken, dessen Name noch nicht ermittelt werden konnte. In Cuxhaven sind im Amerikahafen eine Anzahl schwer havarierter Schiffe eingelaufen. Der finnische Dampfer „Pallona" hat beide Anker und Ketten verloren. Dem polnischen Dampfer „Rewa" ist in dem schweren Seegang ein großer Teil seiner Deckaufbauten zertrümmert worden. Das Schiff, das eine Anzahl Pferde an Deck stehen hatte, hat eine furchtbare Reise hinter sich. Vier Pferde wurden über Bord gewaschen. Der deutsche Dampfer „Cereal" ist mit großer Schlagseite durch Uebergehen seiner Ladung Getreide angekommen. Ein Mann der Besatzung ist über Bord gespült worden.

Wieder ein Kassenbote überfallen

Berlin, 14. Januar. (Drahtmeldung.) **Ein neuer Raubanfall ist heute vormittag wieder auf einen Kassenboten verübt worden.** Der 62jährige Kassenbote Max Faustmann, der bei der Innungskrankenkasse der Tischler-Innung angestellt ist, hatte heute vormittag in der Stadtbank 5000 Mk. abgehoben. Er trug das Geld in einer Aktentasche. Als er zu den im ersten Stock des Hauses Michael-Kirchstraße 15 gelegenen Räumen der Krankenkasse aufstieg, standen auf der Treppe mehrere junge Leute. Einer von ihnen stellte dem alten Mann ein Bein, sodaß er zu Fall kam. Er wurde dann mit einem Gummiknüppel und einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen. Gleichzeitig versuchte man, ihm die Tasche mit dem Gelde zu entreißen. Faustmann schrie um Hilfe. Eine Frau kam hinzu, worauf die Räuber von ihrem Opfer abließen und die Treppe hinuntereilten. Sie sind entkommen.

Der Prozeß gegen den Kommerzienrat

Karl Lindemann und seine Brüder.

Berlin, 14. Januar. (Drahtmeldung.) Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute der auf mehrere Wochen berechnete Prozeß gegen Kommerzienrat Lindemann, seine Brüder Gustav und Otto und die Kaufleute Heinrich Witz und Willi Frost. Karl Lindemann wird Kurstreiberei mit den Aktien der Brandenburgischen Holzindustrie A.-G. in Tateinheit mit Betrug zur Last gelegt, den übrigen Angeklagten Beihilfe, außerdem sollen nach der Anklage auch Bilanzfälschungen vorgekommen sein. Karl Lindemann ist bereits einmal in einem Prozeß, bei dem es sich um Kurstreibereien mit den Lindcar-Automobilaktien handelte, vom Gericht wegen Betruges verurteilt worden.

Papageieneinfuhrverbot für Hamburg

Hamburg, 14. Januar. (Drahtmeldung.) Der Senat hat eine Verordnung erlassen, nach der die Einfuhr von Papageien und Sittichen bis auf weiteres verboten ist. Die Verordnung bestimmt, daß in besonderen Fällen der Landestierarzt unter Anordnung der erforderlichen Sicherungsmaßnahmen Ausnahmen von dem Verbot zulassen kann.

25 Millionen unterschlagen

Riesengaunereien beim türkischen Papiergeldumtausch

Als im Winter des Jahres 1927 das ottomanische Papiergeld gegen republikanische türkische Banknoten umgetauscht wurde, die sich, da beide gleich ungedeckt sind, im Werte nicht voneinander unterscheiden, verzeichnete die türkische Staatskasse einen derartig großen Eingang an alten Noten, daß der Verdacht einer riesenhaften Unterschlagung entstand. Eine Kommission zur Untersuchung des Falles wurde eingesetzt und nach ihrem ersten vorläufigen Bericht müsse:. Beträge von mindestens 25 Millionen Mark auf bisher noch keineswegs aufgeklärte Weise unterschlagen worden sein.

Die Staatskasse hat damit rechnen können, daß etwa für 135 Millionen türkische Pfund-Noten zum Umtausch eingereicht werden würden. Die ursprüngliche Emission hatte 160 Millionen türkische Pfund betragen, 12 Millionen türkische Pfund waren mit den Jahren als abgenutzt zum Umtausch bereits eingereicht worden, und mindestens 10 Millionen türkische Pfund-Noten konnten nach den Kriegsjahren 1919/22 und den Bränden mehrerer großer türkischer Städte als verloren angenommen werden. Es wurden aber 158 Millionen türkische Pfund-Noten eingereicht und tatsächlich ausgetauscht, also 10 Millionen türkische Pfund mehr, als überhaupt im Umlauf gewesen waren, selbst wenn nicht eine einzige Note vernichtet oder verloren gegangen sein sollte.

Die Untersuchungskommission hat über diesen rätselhaften Fall bisher festgestellt, daß die Beamten der türkischen Staatsschuldenverwaltung in den letzten Jahren des Sultanats wie in den ersten Jahren der Republik den größten Teil der ihnen zum Umtausch eingereichten abgenutzten Noten unterschlagen und heimliche wieder in Verkehr gebracht haben. Da nachweislich allein bei dem Brande von Smyrna Millionen von Noten in Bankdepots verbrannten, muß das Wiederinverkehrbringen der bereits eingezogenen Noten mehrfach erfolgt sein. Welche Beamte die Unterschlagungen begangen haben, konnte bisher nicht zweifelsfrei festgestellt werden, und so weit ein positiver Verdacht besteht, wird er natürlich nicht öffentlich geäußert.

Ein eigentümliches Licht wirft die Angelegenheit auf den ehemaligen Unterstaatssekretär für Finanzwesen Hassan Fehmi Bej, der für die 1927 erfolgte Manipulation des Geldumtausches verantwortlich war. Als nämlich die subalternen Beamten die Nummern der später verbrannten alten ottomanischen Noten aufzeichnen wollten, hat Hassan Fehmi sie daran gehindert, indem er dies als für keineswegs nötig erklärte. Da die Noten, mit denen der Riesenbetrug geschehen ist, heute vernichtet und ihre Nummern nirgendwo verzeichnet sind, ist es wahrscheinlich, daß sich die Defraudanten nicht mehr feststellen lassen und daß sich der türkische Staat mit einem Schaden von wenigstens 25 Millionen Mark wird abfinden müssen.

Explosion in einem amerikanischen Kohlenbergwerk

Sechs Tote.

Birmingham (Alabama), 14. Januar. (Drahtmeldung.) In einem etwa 60 Kilometer von hier entfernten Kohlenbergwerk erfolgte eine Explosion, bei der sechs Bergleute getötet und eine größere Anzahl verletzt wurden.

Sprengstoffanschlag auf einen Geldtransport

Wilkesbarre (Pennsylvania), 13. Jan. (Drahtmeldung.) Der mit der Auszahlung der Löhne beauftragte Beamte eines in der Nähe von Wilkesbarre gelegenen Bergwerks, sowie zwei Grubenvorarbeiter wurden durch eine Explosion in Stücke gerissen, die den Geldwagen des Bergwerkes völlig zerstörte und 30 000 Dollars in Fetzen nach allen Seiten zerstreute. Die Explosion war, wie man annimmt, das Werk von Banditen, die den Geldwagen berauben wollten.

Das Opfer Tetzners noch nicht ermittelt

Regensburg, 14. Januar. (Drahtmeldung.) Dem Polizeibericht zufolge kommt der als vermißt gemeldete Nähmaschinenreisende Bleier aus Regensburg als Opfer des Mörders Tetzner nicht in Frage. Es wurde festgestellt, daß Bleier am 29. November vorigen Jahres in einer Brauerei in Kehlheim übernachtete und daß er am 4. Dezember gelegentlich einer Wahlversammlung in Ingolstadt als Diskussionsredner auftrat und sich seit Januar in Marktbreit aufhält.

Aufsehenerregender Tod

eines amerikanischen Geldmannes.

Neuyork, 14. Jan. (Drahtmeldung.) **Der Vizepräsident des Bankhauses S. W. Straus & Co., Herbert Spencer Martin stürzte aus dem Fenster seiner Wohnung im 9. Stock. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß der tödlich Verunglückte sich in selbstmörderischer Absicht aus dem Fenster gestürzt hat. Seine Gattin, geborene Madeline Straus, Tochter des Bankiers Straus, bekundete, daß ihr Mann vor einem halben Jahre einen Nervenzusammenbruch gehabt und daß sie beabsichtigt hätten, sich heute nach Europa einzuschiffen, um dort einen Spezialisten zu konsultieren.**

Vergiftung polnischer Flüsse

Warschau, 14. Januar. (Drahtmeldung.) In den polnischen Stickstoffwerken „Nitra" in Niewiarow wurden einige Säurebehälter undicht, sodaß 16 000 Liter der giftigen Säure sich in den Fluß Czand, einen Nebenfluß der Pilica, ergossen, die wiederum in die Weichsel mündet. Die Behörden haben sofort alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen und die Bevölkerung der an den drei Flüssen gelegenen Ortschaften vor dem Gebrauch des Flußwassers in den nächsten Tagen gewarnt.

Millionenschaden

durch Brand einer Landungsbrücke.

London, 14. Januar. (Drahtmeldung.) Gestern abend wurde der große Pavillon am Ende der Landungsbrücke von Weston-super-Mare durch Feuer völlig zerstört. Der Schaden wird auf 12 000 Pfund Sterling geschätzt. Das Gebäude bot Raum für 2000 Gäste.

Drei Personen durch eine einstürzende Mauer getötet.

Rom, 14. Januar. (Drahtmeldung.) In der Nähe von Neapel stürzte infolge starker Regengüsse eine Mauer ein, wobei vier Personen verschüttet wurden. Drei Personen waren auf der Stelle tot, die vierte wurde schwer verwundet geborgen.

Trockenlegung der Nordsee?

Nach einer englischen Zeitungsmeldung ist von deutschen Ingenieuren ein Plan ausgearbeitet worden, demzufolge ein Teil der Nordsee im Umkreis von 300 000 Quadratkilometern, also ungefähr im Umfang Italiens, trockengelegt und durch einen Deich von 720 Kilometer Länge und 90 Meter Höhe von der übrigen Wasserfläche getrennt werden soll. Die Deichlinie ist von der englischen Norfolkküste bis zur dänischen Skagerrak-Küste geplant, während ein zweiter Deich von Scheveningen nach der englischen Küste hinüberlaufen soll. Sinn des Projekts, das in der Oeffentlichkeit bereits vor eineinhalb Jahren diskutiert worden ist, ist die Schaffung von Raum für etwa 20 Millionen Menschen. Die Sache klingt utopisch, aber schließlich nicht unmöglich.

Die Frau ohne Mann

Roman von Anton Döhler.

36) (Fortsetzung.)

Als sie am Montag morgen ins Geschäft ging, traf sie auf dem Wege dorthin Heinz Holländer.

„Nun," sagte er, „wie war's in Nürnberg?"

„Ich kündige heute," antwortete Toni mit ernstem Gesicht, das Holländer stutzig machte.

„Kündigen wollen Sie? Ja, was ist denn vorgefallen?"

„Ich habe Herrn Simon eine Ohrfeige versetzt."

„Hab ich mir's doch gleich gedacht! Ist er also doch zudringlich geworden?"

„Ja! Aber er wird es wohl nie wieder werden."

„Sie sind ein tapferes Mädel, Toni! Aber ich rate Ihnen, nicht eher zu kündigen, bis sie eine andere Stellung haben."

Toni hatte aber schon das Kündigungsschreiben in der Tasche und sie ließ es auch gleich im Bureau des Direktors Simon abgeben. Sie war etwas aufgeregt und harrte der Dinge, die nun kommen würden.

Bald nach neun Uhr wurde sie zum Direktor gerufen. Erst wollte sie nicht hingehen, aber dann entschloß sie sich doch dazu.

Als sie ins Bureau trat, saß er, wie immer, hinter seinem Schreibtisch. Er sah sie mit einem kaum merkbaren Lächeln an und lud sie ein, Platz zu nehmen.

Nachdem sie sich gesetzt hatte, nahm er einen Brief vom Schreibtisch. Es war Tonis Kündigung.

„Sie haben sich also entschlossen, uns zu verlassen?" sagte der Direktor.

„Ja!" antwortete sie bestimmt.

„Wollen Sie mir nicht die wahren Gründe dafür angeben?"

„Sie werden doch begreifen, daß ich nach dem, was zwischen Ihnen und mir am Samstag vorgefallen ist, nicht mehr länger in diesem Geschäft bleiben kann!"

„Wer sagt denn das! War denn das so schlimm? Ich habe mich ein klein wenig verrechnet. Ich bin ein wenig enttäuscht worden, aber — trotz alledem — angenehm enttäuscht! Ich achte Sie noch genau so wie vorher, ja noch viel mehr und Sie können überzeugt sein, daß es zu solchen Zwischenfällen zwischen Ihnen und mir nicht mehr kommen wird. Ziehen Sie nach

Toni saß einige Minuten schweigend da, den Blick ins Leere gerichtet, und als sie noch keine Antwort gab, fuhr Simon fort: „Es handelt sich nicht darum, daß wir in unserem Geschäft auf die einzelne Kraft angewiesen sind. Wenn einer geht — draußen warten zehn andere. Aber für Sie wird es nicht leicht sein, so schnell irgendwo anders eine Stellung zu finden. Sehen Sie, das möchte ich nicht!"

Nach einer kurzen Pause antwortete Toni: „Ich will mir das alles erst einmal überlegen."

„Gut! Ueberlegen Sie es sich. Einstweilen gebe ich Ihnen Ihre Kündigung zurück." Er stand auf und gab ihr ihren Kündigungsbrief zurück, dann nahm er wieder am Schreibtisch Platz.

„Noch etwas, Fräulein Bergner," sagte er dann, „Sie sind mit der Bahn von Nürnberg zurückgefahren und haben dadurch eine Ausgabe gehabt, die eigentlich durch mich veranlaßt wurde. Hier nehmen Sie!" Er hielt ihr dabei einen Fünfzigmarkschein entgegen.

Toni machte mit der Hand eine abwehrende Bewegung: „Das ist ganz meine Sache!"

„Ganz wie Sie wünschen. Das kann auch auf eine andere Weise erledigt werden. Zunächst möchte ich Ihnen nur mitteilen, daß ihr Monatsgehalt auf hundertsechzig Mark erhöht ist."

Er war aufgestanden. Toni erhob sich ebenfalls und murmelte: „Ich danke Ihnen." Und dann ging sie mit einem kurzen Gruß hinaus.

Mittags besprach sie mit Heinz Holländer die Unterredung, die sie mit Simon hatte. Holländer war auch der Anschauung, daß sie unter diesen Umständen zunächst noch bleiben solle. Und so verkaufte sie weiter Porzellan im Kaufhaus Isar.

Wenn Direktor Simon durch die einzelnen Räume ging und an Toni vorbei kam, grüßte er immer mit einem freundlichen Lächeln, aber sonst unternahm er nie wieder einen Versuch, sich ihr zu nähern.

Als sie ihr erstes Monatsgehalt nach jener Nürnberger Reise erhielt, bekam sie 260 Mark, die sich zusammensetzten aus 160 Mark Monatsgehalt, 50 Mark Nachzahlung auf den vergangenen Monat und 50 Mark „Auslagen".

In diesen Tagen erhielt Toni auch eine Einladung zu Moosbauers Verlobung mit Mizzi Neumann. Das Schreiben war nur von Mizzi unterzeichnet. Toni zerknüllte es zwischen ihren Fingern und warf es dann in den Ofen. Tagelang war sie wortkarg und Heinz Holländer bemühte sich fortgesetzt, ihr ein Lächeln abzugewinnen.

Der erste Schnee fiel. Eines Morgens, als Toni aus dem Hause trat, war alles weiß. Sie freute sich so, daß sie fast einen Juch-Schrei ausgestoßen hätte. Nun wollte sie hinaus an den Sonntagen in die winterliche Natur. Aber erst mußte sie natürlich ihre Bretter haben. Die waren noch zu Hause, ebenso ihr Skianzug und ihre Stiefel. Schon nach dem Mittagessen setzte sie sich hin und schrieb an ihre Freundin Elli einen langen Brief, in dem sie sie zum Schluß bat, sich bei ihrer Mutter Ski, Anzug und Stiefel geben zu lassen und es ihr sobald wie möglich zu schicken.

Sie konnte kaum die Zeit abwarten, bis ihre Sachen kamen.

Endlich, als sie eines Abends müde und abgespannt nach Hause kam, lehnten die Ski in ihrem Zimmer und daneben stand ein Paket, das die Stiefel und den Skianzug enthielt. Toni führte einen wahren Freudentanz auf, als sie alles von der Verschnürung befreit und das Paket geöffnet hatte.

Obenauf lag ein Brief von Elli. Sie beschwerte sich darüber, daß Toni so wenig von sich hören lasse und teilte ihr mit, daß ihre Mutter die Ski erst nicht herausgeben wollte. Toni solle sie sich selber holen, habe sie gesagt. Und ob sie schon wisse, daß Köpke spurlos verschwunden sei? Es spiele eine dunkle Sache mit, von der sie aber nichts schreiben wolle, da sie selbst nichts Bestimmtes wisse. Dann habe sie ihr noch etwas sehr Wichtiges mitzuteilen, nämlich ihr Hans und sie hätten an Weihnachten Hochzeit und sie würde sich sehr freuen, wenn Toni käme und die Hochzeit mitfeiern würde.

Köpke ist fort, dachte Toni. Diese Mitteilung löste in ihr ein Gefühl der Genugtuung aus. Und Elli heiratete. Ob sie zur Hochzeit heimfahren sollte? Doch das hatte noch Zeit!

Sie legte den Brief weg und zog erst einmal ihren Skianzug und die Stiefel an. Als sie sich auch die Baskenmütze aufgesetzt hatte, konnte sie der Versuchung nicht widerstehen, die Ski selbst anzulegen.

Da stand sie nun, ihren schlanken Körper im dunkelblauen Anzug.

O, wenn sie jetzt draußen gewesen wäre auf schneebedeckten Hängen! Sie sah sich schon in kühner Abfahrt in wirbelndem Pulverschnee.

Aber der enge Raum des Zimmers erinnerte sie wieder an die Wirklichkeit. Wehmütig legte sie die Hölzer wieder ab und schlüpfte dann aus dem Anzug. Dann verstaute sie die Sachen und strich mit ihren Händen noch einmal über die Ski. Es war wie eine Liebkosung.

(Fortsetzung folgt.)

Heil Thüringen!

Ein Hitlerianer schwört auf die Verfassung

Weimar, 14. Jan. (Eig. Drahtber.) Die Deutsche Volkspartei, die sich inzwischen mit der Ministerschaft des nationalsozialistischen Putschisten Frick einverstanden erklärt hat, begründet ihre Haltung nachträglich damit, daß Frick den Eid auf die Verfassung leisten und die Verfassung nicht nur halten, sondern auch stützen würde. Das sei von nationalsozialistischer Seite ausdrücklich anerkannt worden. Im Gegensatz hierzu erklärte am Dienstag im Plenum des Landtags der Nationalsozialist Wächtler, seine Partei werde alles tun, um dem verfassungsmäßig verankerten parlamentarischen System die Luft abzudrücken.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Fröhlich richtete im Verlauf der Sitzung scharfe Angriffe gegen den Putschisten Frick, in denen er diesem künftigen Hüter der staatlichen Ordnung in Thüringen nochmals sein ganzes Sündenregister vorhielt.

Die ganze nationalsozialistische Demagogie enthüllte sich dann gegen Schluß der Sitzung. In Anbetracht der großen Not der Erwerbslosen hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, 250 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Die Nationalsozialisten lehnten diesen Antrag mit der Begründung ab, daß der Staat für die Not der Erwerbslosen keine Mittel zur Verfügung habe, obwohl sie selbst vor den thüringischen Wahlen ebenfalls die Bereitstellung von 250 000 Mark für die Arbeitslosen beantragt hatten.

Der Unterschied zwischen damals und heute ist der, daß die Nationalsozialisten inzwischen Regierungspartei mit dem Putschisten Frick als Minister geworden sind.

Mißtrauensvotum

Die sächsische Regierung in der Minderheit

Dresden, 14. Jan. (Eig. Drahtber.) Die sächsische Regierung blieb am Dienstag bei der Abstimmung über ein Mißtrauensvotum gegen die Gesamtregierung mit 47 gegen 42 Stimmen in der Minderheit. Für das Mißtrauensvotum stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Altsozialisten. Das Mißtrauensvotum wurde trotzdem abgelehnt, weil nach der sächsischen Verfassung ein Mißtrauensvotum nur dann als angenommen betrachtet werden kann, wenn von den 96 Abgeordneten 49 für das Votum gestimmt haben.

Vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag stand ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen den zur alten sozialdemokratischen Partei gehörenden Arbeits- und Wohlfahrtsminister Elsner zur Beratung.

Die Nationalsozialisten begründeten ihren Antrag mit dem Hinweis auf die Verluste der sächsischen Wohlfahrtshilfe und mit angeblichen Mißständen bei der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Die bürgerlichen Parteien ließen erklären, daß sie sich bei der Abstimmung gegen Elsner der Stimme enthalten würden, da Elsner zugesagt habe, sein Abschiedsgesuch einzureichen.

Diesen Tatbestand bestätigte der Ministerpräsident auf eine sozialdemokratische Anfrage, worauf auch die sozialdemokratische Fraktion erklärte, sich der Stimme enthalten zu wollen.

Für das Mißtrauensvotum stimmten darauf nur die Kommunisten und die Nationalsozialisten.

Schüsse bei einer Erwerbslosen-Kundgebung

Ein Toter

Worms, 14. Jan. Nachdem hier bereits am Montag eine große Erwerbslosenkundgebung stattgefunden hatte, war für heute eine neue Kundgebung angekündigt worden. Da Zuzug auswärtiger Kommunisten festgestellt wurde, traf heute nachmittag eine Hundertschaft der Darmstädter Schutzpolizei hier ein, die sofort die von den Demonstranten bereits besetzten Plätze und Straßen säuberte. Gegen Abend wurden bei einer neuerlichen Straßenräumung am Mainzer Tor Schüsse auf die Polizei abgegeben, wobei ein Beamter einen Beinschuß erhielt. Die Schutzpolizei erwiderte das Feuer. Ein junger Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, erhielt einen Kopfschuß, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Eine vornehme Geste

Afghanistan bezahlt Aman Ullahs Schulden

Der frühere König Aman Ullah von Afghanistan hatte, als er damals in Deutschland war, hier Waren für mehrere Millionen gekauft. Die Reichskreditgesellschaft gewährte ihm, laut „Berliner Tageblatt", einen Kredit in der Höhe dieser Beträge. Jetzt hat die neue afghanische Regierung mitgeteilt, daß sie die Waren übernehme und den Kredit refundieren werde.

Mussolinis Rache

Vor neuen Verhaftungen

Paris, 14. Jan. (Drahtmeldung.) Wie dem „Matin" aus Nizza gemeldet wird, wurden an der Riviera aufs neue bei Italienern, die verdächtig sind, mit den verhafteten Antifaschisten in Verbindung gestanden zu haben, Haussuchungen abgehalten. Man rechnet mit neuen Verhaftungen.

Den Komplizen verraten

Der Ueberfall auf die Stahlhelmleute bei Pasewalk.

Friedland (Mecklenburg), 14. Jan. Der am Sonnabend abend auf der Pasewalker Landstraße verübte Ueberfall auf mehrere Stahlhelmleute ist heute aufgeklärt worden. Auf die ausgesetzte Belohnung hin hat einer der Beteiligten der Polizei Meldung gemacht. Diese nahm dann die einzelnen Täter fest. Es handelt sich um sieben hiesige Arbeiter, die sämtlich dem kürzlich gegründeten kommunistischen Antifaschistenbund angehören.

Ruhe vor dem Endkampf

Sechstagegiganten kurbeln wieder vor ausverkaufter Westfalenhalle

Energien harren der Entspannung — Neue Jagden und Ueberraschungen

Die rasenden Sturmjagden des fünften Dortmunder Sechstagerennens in den ersten Tagen haben Nerven und Kräfte gefordert. Energien schwellen ab, flackern nur hier und da zu Versuchen auf. Es geht zu Ende, aber noch tritt keine Entspannung ein. Schwelender Zündstoff liegt in der Luft, der in jedem Augenblick sich in der Explosion einer neuen Jagd auslösen kann. Ruhe vor dem Sturm, Ruhe vor dem Endkampf, ist die Parole. Spannung liegt in der Luft, die der Entfesselung harrt.



Der Liebling Anton Jokisch und sein Partner Pijnenburg, der ausgezeichnete Sprinter.

Goris, der mit seinem Partner Müller am Ende des Feldes zappelte, hat verschiedentlich harte Bekanntschaft mit dem Boden gemacht. Er gab in der Nacht zum Dienstag das Rennen auf. Müller blieb bis Dienstag nachmittag 3 Uhr als Ersatzmann im Rennen.

Der Nachmittag

Von Aufhebung der Neutralisation vom Dienstag mittag an bis zu den Wertungsspurts verhält sich das Feld ziemlich ruhig. Kleinere Scheinvorstöße werden nach ganz kurzer Dauer abgestoppt. Die Halle weist wieder einen ganz guten Besuch auf. Bei den Wertungsspurts holen sich verhältnismäßig viel Punkte die Fahrer Meyer-Stübecke, Goebel-Dinale und Jokisch-Pijnenburg.

Während der Wertung versucht Goebel einmal vom Felde loszukommen, Charlier setzt aber nach und bringt das Feld wieder heran. Gleich nach den Wertungen legt dann Bellont los und hat nach guter Ablösung mit seinem Partner Mac Namara schon nach drei Runden das schwach antretende Feld überrundet. Im Anschluß daran löst sich auch Pijnenburg vom Felde los, gewinnt schnell eine halbe Runde. Dann gehen Dorn-Maczinski allein nach. Nach einigen Minuten kann Pijnenburg-Jokisch 1 Runde als aufgeholt buchen. Auch Dorn-Maczinski haben ihren Rundengewinn vollenden können. Um 5 Uhr nachmittags waren 2324.600 Kilometer zurückgelegt.

Der Abend

Das Interesse des rheinisch-westfälischen Publikums für das Dortmunder Sechstagerennen besteht in unvermindertem Maße fort. Nachdem die Halle auch heute nachmittag schon einen guten Besuch aufzuweisen hatte, zeigte sie heute abend eine Fülle, die sämtliche Plätze bis zur letzten Rangreihe und den gesamten Innenraum dicht füllte. Bis zu der Abendwertung verhielten die Mannschaften sich passiv. Die Punktwertungen holten in der Hauptsache sich Louet-Boucheron, Jokisch-Pijnenburg, Petri-Kroschel, während Charlier-Duray, Dülberg-Debaets und Mac Namara-Belloni sich dagegen völlig zurückhalten. Dinalo kommt beim ersten Spurt schwer zu Fall. Für seine Mannschaft wird das Rennen 15 Minuten neutralisiert.

Die bis 11 Uhr abends zurückgelegte Strecke betrug 2482.900 Kilometer. Der Stand um diese Zeit war folgender:

1. Goebel-Dinale 134 Punkte; 2. Rausch-Hürtgen 78 Punkte; 3. Charlier-Duray 72 Punkte. 1 Runde zurück: 4. Petri-Kroschel 106 Punkte; 5. Dülberg-Debaets 56 Punkte. 2 Runden zurück: 6. Meyer-Stübecke 175 Punkte; 7. Louet-Boucheron 159 Punkte; 8. Choury-Fabre 77 Punkte; 9. Kilian-Pützfeld 71 Punkte; 10. Dorn-Maczinski 52 Punkte. 4 Runden zurück: 11. Jokisch-Pijnenburg 191 Punkte; 12. Mac Namara-Belloni 28 Punkte.

Was sich nach 11 Uhr ereignet hat

Nach den Abendwertungen setzen wieder wie in den vergangenen Nächten zahlreiche Jagden ein, an denen sich sämtliche Mannschaften beteiligten. Es erfolgen zahlreiche Ueberrundungen. Sämtliche Mannschaften sind wieder an den einzelnen Vorstößen beteiligt.

Am Schlusse ist das Feld stark abgekämpft und zahlreiche Fahrer kommen zu Fall. Dadurch wird das Rennen neutralisiert und die Jagden dadurch abgestoppt.

Nach Aufhebung der Neutralisation verhält sich das Feld ruhiger. Er werden dann die zurückgestellten Prämienspurts ausgefahren.

Stand des Rennens um 3 Uhr nachts

1. Meyer-Stübecke 184 Punkte.
2. Goebel-Dinale 134 Punkte.
3. Petri-Kroschel 114 Punkte.
4. Rausch-Hürtgen 89 Punkte.
5. Charlier-Duray 80 Punkte.
6. Dülberg-Debaets 74 Punkte.

Eine Runde zurück:

7. Kilian-Pützfeld 74 Punkte.

Zwei Runden zurück:

8. Louet-Boucheron 177 Punkte.
9. Mac Namara-Belloni 29 Punkte.

Drei Runden zurück:

10. Chourp-Fabre 82 Punkte.
11. Dorn-Maczinski 64 Punkte.

Fünf Runden zurück:

12. Jokisch-Pijnenburg 206 Punkte.



Mac Namara, der Mann aus Eisen, ist 43 Jahre alt und fährt sein 64. Sechstagerennen.

Sonderkonjunktur im Bergbau

Das Unternehmergerede von der schlechten Konjunktur ist Bluff

Berlin, 14. Januar. (Drahtmeldung.) Der Hauptausschuß des preußischen Landtags begann am Dienstag die Vorberatung des Berghaushalts. Handelsminister Dr. Schreiber ging von dem Zuschußbedarf des Berghaushalts aus, der um 475 000 Mark gesteigert ist, hauptsächlich für Mehraufwendungen an Ruhegehalts- und Wartegeldempfänger. Soweit sich die Unfallziffern von 1929 übersehen lassen, liegen sie ungefähr ebenso, wie in dem besonders günstigen Jahre 1928. Zur wirtschaftlichen Lage des Bergbaues führte der Minister aus, der Kohlenbergbau habe im Jahre 1929 eine Sonderkonjunktur durchgemacht. Die vorläufigen Zahlen geben eine Gesamtförderung von 159,2 Millionen Tonnen an, das sind etwa 12 Millionen Tonnen mehr als 1928 und 24 Millionen Tonnen mehr als 1913. An der Steigerung sind alle Reviere beteiligt. Auch die Braunkohlenentwicklung weist eine Steigerung von etwa 8 Millionen Tonnen auf. Der Absatz war im allgemeinen glatt. Der Ausfuhrüberschuß an Steinkohle ist um etwa zwei Millionen Tonnen gestiegen, derjenige an Koks um etwa 1,6 Millionen Tonnen. Der Arbeitnehmerschaft ist die günstige Entwicklung zugute gekommen. Die Löhne haben überall eine Aufbesserung erfahren. Die beste Vorbereitung für internationale Kohlenverständigung bleibt die Kräftigung des deutschen Bergbaues. Der Minister sprach dann weiter von der Vorsorge für die Rückgliederung der Saarkohlenwirtschaft in die deutsche Wirtschaft und wies zum Schluß darauf hin, daß die preußische Bergwerks- und Hütten-A.-G. am 1. Oktober das Anhaltische Salzwerk übernommen hat.

Abg. Franz (Z.) forderte größere Aufwendungen für die Grubenkontrolle und kritisierte die Tarifpolitik der deutschen Reichsbahn in Deutschland. Von den internationalen Kohlenverhandlungen sei ein günstiges Ergebnis zu erhoffen.

Abg. Harsch (Z.) gab der Ansicht Ausdruck, daß die Lage des Bergbaues nicht so ungünstig sei, wie es in Unternehmerkreisen dargestellt werde. Mehr geschehen müsse auf dem Gebiete des Sicherheitswesens.

Ein Nationalsozialist von Kommunisten niedergeschossen

Berlin, 15. Januar. (Drahtmeldung.) Die „Deutsche Ztg." meldet: Wie wir erfahren, drangen in der Nacht zum Mittwoch mehrere bewaffnete Kommunisten in die Wohnung eines nationalsozialistischen Führers in der Frankfurter Straße unter dem Vorwand, ihn sprechen zu wollen, gewaltsam ein und schossen ihn nieder. Der Nationalsozialist wurde schwer verletzt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Unschädlichmachung einer Einbrecherbande

Kiel, 14. Jan. (Drahtmeldung.) Eine Einbrecherbande von neun Personen, die der Kieler Geschäftswelt in den letzten Monaten erheblichen Schaden zugefügt hat, ist von der Kieler Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Die Bande, die bei ihren Einbrüchen modernste Werkzeuge und Apparate benutzte, hat u. a. die seinerzeit gemeldeten Geldschrankeinbrüche in der Kieler Filiale der Barmer Ersatzkasse und im Finanzamt Kiel ausgeführt. Bisher konnten ihr 25 Einbrüche in Kiel nachgewiesen werden. Der Führer der Bande hat [illegible] nach seiner Verhaftung Selbstmord begangen.



INVENTUR AUSVERKAUF

in allen Abteilungen unseres Hauses

Alles staunt über die unglaublich billigen Preise

in unserem Inventur-Ausverkauf. Wir haben die Preise ohne Rücksicht auf den Einkaufswert aufs äußerste herabgesetzt. **Jetzt kaufen, heißt sparen!**

Ein Posten
Veloutine-Kleider
mit eleganter Crêpe-de Chine-Garnitur
jetzt nur **9.50**

Ein Posten
Mäntel
Ottomane, ½ auf Damassé, mit apartem Plüschbesatz
jetzt nur **7.-**

Ein Posten
Kinder-Pullover u. Kind.-Kleidchen
reine Wolle, zum Aussuchen
jetzt 1.95 **1.45**

Posten **Damen-Strümpfe**
merc. Baumw., solide Qual., Doppelsohle, Hochferse, moderne Farben
jetzt **0.45**

Damen-Strümpfe
Agfa-Seide, gute Qual., in Modefarben
jetzt 1.25 **0.75**

Damen-Strümpfe
B'wolle mit Seide, schwere Qualität
jetzt **1.25**

Großer Post. **Oberhemden**
ohne Rücksicht auf den Wert zum Aussuchen
jetzt **1.95**

ca. 1000 Selbstbinder
moderne schöne Muster, Farben zum Aussuchen
jetzt 1.95, 1.25, 0.75, 0.50, 0.38 **0.25**

Großer Posten **Damenschirme**
schwarz und bunt, zum Aussuchen
jetzt 2.95 **1.95**

Großer Posten **Herrenschirme**
auf Holzstock, zum Aussuchen
jetzt 2.95 **1.95**

Sinn
Gelsenkirchen, Bahnhofstraße

Stores
130—150 cm breit, englisch Tüll und Etamine, z. T. mit solid. Seidenfranse
jetzt nur 3.75, 2.95 **1.95**

Madras-Garnituren
3 teil g. schöne Muster
jetzt nur 3.90, 2.85 **1.95**

Velourläufer
67 cm breit, aparte Streifenmuster
jetzt nur Meter **3.90**

Posten **Frottier-Handtücher**
gute Qualität
jetzt Stück 0.68 **0.45**

Posten **Badetücher**
100/100 cm, besonders preiswert
jetzt **1.95**

Ein Posten
Kleiderstoffe
in schöner Ausmusterung teils hochwertige reinwollene Qualitäten
jetzt Meter 1.95, 1.45 **95** ₰

Ein Posten
Marocain-Drucke
in aparten Mustern
jetzt Meter 2.90 **1.95**

Ein Posten
Schlaf-Decken
beste, mollige Qualitäten, in schönen Mustern
jetzt Stück 6.50, 4.90 **2.75**

Lose Weine vom Faß!

Griech. Süßwein	l	0.95
Deutsch. Weißwein	l	0.95
Blutrot. Süßwein	l	1.05
Rotwein, herbe	l	1.05
Samos-Muscat	l	1.20
Malaga golden	l	1.30

in
Forster's Weinstuben
Weingroßhandlung
Leopoldstraße 24

Westfälische Asphalt-Gesellschaft m. b. H.
Gelsenkirchen
Telefon 224 76 — Ringstraße 38

Schlammkohlen
Fuhre nur 10.- ℳ frei Haus
Gundlach, Wilhelminenstr. 83

---

inserieren bringt Gewinn.



BÜCHER
in allen Preislagen in unserer Buchhandlung, Ringstraße 33

Nur Florastraße 4
an der Wiese (dem Gaswerk gegenüber)
ist die Verkaufsstelle der echten, rühmlichst bekannten Kampmanns Waschmaschinen, Wring-, Mangelmaschinen, Wassermotore und Elektromotormaschinen. Nirgendwo kaufen Sie billiger. Bis 10 Monate Ziel und länger. 30jährige Erfahrung. Fachmännische Bedienung. Eigene Filialen an vielen Plätzen.



bei der Westfälischen Landes-Bausparkasse

Öffentliche Bausparkasse der westfälischen Sparkassen unter Verwaltung der Landesbank der Provinz Westfalen in Münster i. W.

Sichere Geldanlage
Darlehen zu 4%
Feste Zuteilungssätze
Öffentliche Kontrolle
Zusätzliche I. Hypotheken
Schutz des Darlehnsschuldners durch Lebensversicherung

Auskunft durch alle öffentlichen Sparkassen

Berücksichtigen Sie bitte unsere Inserenten!

Krieger-Gedächtnisfeier

Am **Sonntag, den 16. März 1930** um 17 Uhr findet im großen Saale des Hans-Sachs-Hauses die Gedächtnisfeier zu Ehren unserer im Kampfe für das Vaterland gefallenen Helden und der Opfer der Besatzungszeit statt, zu der die Bürgerschaft eingeladen wird. Insbesondere ergeht an alle Vereine, Organisationen, Verbände usw. die Bitte, sich an dieser Feier zu beteiligen und eine Fahnenabordnung zu entsenden.

Anmeldungen unter Angabe der Zahl der Teilnehmer werden bis spätestens 1. Februar 1930 an das Verkehrsamt (Rathaus Buer, Zimmer 39) erbeten. Zu der Saalfeier werden Einlaßkarten ausgegeben.

Gelsenkirchen-Buer, den 14. Januar 1930.

Der Oberbürgermeister.